

Volume 13 • Issue 1 • 2007

Swiss Political Science Review

Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft
Revue Suisse de Science Politique
Rivista Svizzera di Scienza Politica

1

SPSR

Traditionelle, modernisierte und
liberalisierte Sozialdemokratie

**Alexander Petring,
Christian Henkes and
Christoph Egle**

Editor

Daniele Caramani
University of St. Gallen

Editorial Committee

Clive H. Church
University of Kent
James W. Davis
University of St. Gallen

Simon Hug (SPSA President)
University of Zurich
Sandra Lavenex
University of Lucerne

Yannis Papadopoulos
University of Lausanne
Frank Schimmelfennig
ETH Zurich

Past Editors

Pierre Allan
University of Geneva
Thomas Bernauer
ETH Zurich

Dietmar Braun
University of Lausanne
Klaus Armingeon
University of Berne

Advisory Board

Bertrand Badie
IEP Paris
Thanh-Huyen Ballmer-Cao
University of Geneva
Stefano Bartolini
EUI Florence
Arthur Benz
University of Hagen
Klaus von Beyme
University of Heidelberg
Philippe Braillard
University of Geneva
Bruce Bueno de Mesquita
Hoover Institution
Cédric Dupont
IUHEI Geneva
Bastien François
Sorbonne, Paris
Daniel Gaxie
Sorbonne, Paris

Hans Keman
Free University Amsterdam
Kees van Kersbergen
Free University Amsterdam
Heinz Klegler
University of Potsdam
Peter Knoepfel
IDHEAP Lausanne
Hanspeter Kriesi
University of Zurich
Wolf Linder
University of Berne
Nonna Mayer
CNRS-CEVIPOF Paris
Yves Mény
EUI Florence
Wolfgang Merkel
Humboldt-University Berlin
Wolfgang C. Müller
University of Mannheim

Erik Neveu
IEP Rennes
Ken Newton
University of Southampton
B. Guy Peters
University of Pittsburgh
Paul Sabatier
*University of California,
Davis*
Gerald Schneider
University of Konstanz
Pascal Sciarini
University of Geneva
Adrian Vatter
University of Konstanz
Michael Zürn
*Hertie School of Governance,
Berlin*

Editorial Staff

Eszter Kiss-Deák
Patrick Lengg
Matthias Meyer-Schwarzenberger

© Copyright (2007) Swiss Political Science Review

Layout by Eszter Kiss-Deák
Printed in Chur by Südostschweiz Print AG
Graphic Design by Editorial Staff SPSR

Research Note

Traditionelle, modernisierte und liberalisierte Sozialdemokratie: Eine Typologie sozialdemokratischer Regierungspolitik in Westeuropa

ALEXANDER PETRING, CHRISTIAN HENKES UND CHRISTOPH EGLE
WZB und Universität Frankfurt a. M.

Ausgehend von der Debatte um einen “Dritten Weg” der Sozialdemokratie gibt der vorliegende Artikel eine empirisch fundierte Antwort auf die Frage, inwiefern sozialdemokratische Regierungen ihre klassischen politischen Ziele und Instrumente angesichts der Veränderungen durch globale und europäische Marktintegration und den sozialen Wandel einer Revision unterzogen haben. Ein qualitativer Vergleich der Fiskal-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik von sechs sozialdemokratischen Regierungen in Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Niederlande, Schweden und Dänemark zeigt, dass sich drei Typen sozialdemokratischer Regierungspolitik identifizieren lassen, die mit jeweils unterschiedlichen Leistungsbilanzen einhergehen. Die erklärungskräftigsten Variablen für die unterschiedlichen Politikmuster sind Parteienwettbewerb, Koalitionskonstellationen sowie Sozialstaatsstrukturen.

KEYWORDS: Policy Analysis • Social Democracy • Welfare State • Public Policy

Einleitung¹

Am Ende des 20. Jahrhunderts schien für die Sozialdemokratie ein neues goldenes Zeitalter anzubrechen. Angesichts bemerkenswerter Wahlerfolge und einer einmaligen Dominanz sozialdemokratischer Parteien in den Regierungen der Mitgliedsländer der Europäischen Union wurde am Ende der 1990er von einer “magischen Rückkehr” (Cuperus und Kandel 1998) der Sozialdemokratie gesprochen. Gleichzeitig sahen sich die so-

¹ Für hilfreiche Kommentare und Anregungen danken wir Wolfgang Merkel, Bernhard Wessels und den beiden anonymen Gutachtern der *Schweizerischen Zeitschrift für Politikwissenschaft*.

zialdemokratischen Regierungen aber auch mit besonderen Herausforderungen konfrontiert (Meyer 2005: 246). Die sich seit den 1970er Jahren beschleunigende globale und europäische Marktintegration und der Wandel der demographischen, beruflichen und lebensweltlichen Strukturen stellten die Regierungen vor deutlich andere Aufgaben als noch zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Die Anwendung klassischer sozialdemokratischer Politikinstrumente wie progressiv erhobene Steuern, nachfrageorientierte Konjunkturpolitik, strenge Regulierung der Arbeits-, Güter- und Dienstleistungsmärkte sowie die Beibehaltung eines ausgebauten Sozialstaates sollte aufgrund dieser Veränderungen wirkungslos oder gar kontraproduktiv geworden sein, so eine häufig vertretene These (Moses 1994; Moses 1995; Huber und Stephens 1998). Aufgrund soziostruktureller Veränderungen wurde zudem ein elektorales Dilemma diskutiert, demzufolge sich die Aussichten der Sozialdemokratie an den Wahlurnen verschlechtern würden (Huber, Ragin und Stephens 1993; Merkel 1993a; Pontusson 1995; Kitschelt 1999). Die genannten Wahlerfolge der Sozialdemokratie schienen zumindest die zweite Vermutung nicht zu bestätigen. Inwiefern haben sozialdemokratische Regierungen aber auf den vermeintlichen Zwang mit einer Abkehr von traditionellen Politikinstrumenten reagiert? Folgt sozialdemokratische Politik seit Mitte der 1990er Jahre tatsächlich einem „Dritten Weg“ zwischen traditioneller Sozialdemokratie und Neoliberalismus (Giddens 1999)? Diese Fragen sollen mit einem Vergleich des Regierungshandelns sozialdemokratischer Parteien in sechs Ländern (Dänemark, Niederlande, Schweden, Grossbritannien, Frankreich und Deutschland) in den für die Sozialdemokratie zentralen Politikfeldern der Fiskal-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik beantwortet werden.² Darauf

² Diese Länderauswahl bietet für die Untersuchung sozialdemokratischer Regierungen eine hinreichend grosse Varianz bezüglich der Stärke der Herausforderungen der Globalisierung, der Europäisierung, der Differenz des nationalen Handlungskontextes, der Parteytypen und der Bedeutung der Parteien im Diskurs der europäischen Sozialdemokratie. Der Untersuchungszeitraum beginnt mit der Übernahme der Regierungsmacht durch die jeweilige sozialdemokratische Partei. Gegenstand der folgenden Ausführungen sind somit die Regierungspolitik der Regierung Rasmussen in Dänemark von 1993 bis 2001, der niederländischen „violetten Koalition“ unter Wim Kok von 1994 bis 2002, die schwedischen Regierungen unter Carlsson und Persson von 1994 bis 2006, der Blair-Regierung in Grossbritannien seit 1997, der französischen Regierung Jospin von 1997 bis 2002 und der Regierung Schröder von 1998 bis 2005. Die Auswahl der drei Politikfelder gründet sich auf zwei Argumente: die eingangs genannten Herausforderungen entfalten sich hier in besonderem Masse, gleichzeitig sind in diesen Feldern die wichtigsten Instrumente für die Erreichung grundlegender sozialdemokratische Ziele zu finden.

aufbauend wird eine Typologie sozialdemokratischer Regierungspolitik entwickelt. Während sich bisherige Typologien (sozialdemokratischer und anderer) Parteien meist an Kriterien wie Wähler- und Mitgliederstruktur, Finanzierung, Koalitionsstrategien, innerparteilicher Willensbildung, regional-kultureller Zuordnung usw. orientierten (vgl. Katz und Mair 1995; Merkel 1993b; Wolinetz 2002), wird in diesem Beitrag eine typologische Ordnung sozialdemokratischer Parteien anhand ihrer Regierungspolitik vorgeschlagen. Diese policyorientierte Vorgehensweise liegt in der eingangs genannten Vermutung begründet, dass insbesondere sozialdemokratische Parteien einen erkennbaren Politikwandel vornehmen müssten. Da Regierungspolitik ein komplexer Prozess ist, der nicht allein mit der internen Strukturierung und Programmatik einer Regierungspartei erklärt werden kann, wird mit dem theoretischen Ansatz des "akteurszentrierten Institutionalismus" (Scharpf 2000) untersucht, welchen Einfluss der politisch-institutionelle Kontext des jeweiligen Landes mit seinen spezifischen Handlungsmöglichkeiten und Restriktionen auf das Tun und Lassen der jeweiligen sozialdemokratischen Regierungen genommen hat.³

Einer kurzen theoretischen Grundlegung einer Typologie des Politikwandels folgt die Beschreibung der sozialdemokratischen Regierungspolitiken in den sechs Ländern, die sodann den Typen zugeordnet und mit spezifischen Zielkonflikten und Politikergebnissen illustriert werden. Dem vom akteurszentrierten Institutionalismus angeleiteten erklärenden Teil folgt das abschliessende Fazit.

Idealtypische Formen von Politikwandel

Im Rahmen der "Dritte-Wege"-Debatte wurde mehrfach versucht, sozialdemokratische Parteien typologisch zu ordnen. Schon im publizistischen Anstoss der Debatte bei Giddens (1999) wurde der "Dritte Weg" der "traditionellen Sozialdemokratie" gegenübergestellt. Weitere Vorschläge fanden sich bei Hay (1999), Krieger (1999), Thomson (2000), Stammers (2001), Bonoli (2004), Powell (2004) und Clift (2004a). Dabei kristallisierten sich zwei Typen der Sozialdemokratie heraus: die "*traditionelle Sozialdemokratie*" und die sich davon abgrenzende "*neue Sozialdemokratie*". Diese An-

³ Aufgrund dieser Einflussfaktoren kann die Regierungspolitik einer sozialdemokratischen Partei von ihrer (ursprünglichen) programmatischen Ausrichtung abweichen. Eine solche Differenz kann nur im Zuge eines hier vorgeschlagenen policyorientierten Ansatzes, nicht aber von den herkömmlichen Parteientypologien erfasst werden.

sätze sind jedoch mit dem Problem behaftet, dass der Begriff der “neuen” Sozialdemokratie vier unterschiedliche Aspekte beinhaltet: den politischen Diskurs, die Grundwerte, die Politikziele und schliesslich die Politikinstrumente (Powell 2004). Zwar lassen sich auf allen vier Ebenen Veränderungen hin zu einer “neuen Sozialdemokratie” im Gegensatz zur “alten Sozialdemokratie” und zum “Neoliberalismus” feststellen. Allerdings unterscheiden sich sozialdemokratische Parteien und ihre Politik teilweise nur auf einer Ebene, während auf anderen kaum Differenzen bestehen. Das kann zu irreführenden typologischen Gleichsetzungen führen. Um dies zu verhindern, wird im Folgenden eine Differenzierung und Typologisierung auf der einheitlichen Grundlage eines empirisch beobachteten Politikwandels vorgenommen.⁴ Damit werden die oftmals getrennt voneinander verlaufenden Stränge der Parteien- und Policyforschung zusammengeführt. Die Untersuchung knüpft in gewisser Weise an die “Do parties matter?”-Forschung an (Schmidt 1996), wobei in diesem Beitrag der Policy-Impact nur der Sozialdemokratie untersucht wird.

Aufbauend auf einem Konzept von Peter Hall (1993) können Veränderungen der Politik auf drei Ebenen unterschieden werden: (1) der Wandel erster Ordnung bezeichnet eine Neujustierung bestehender Instrumente. Sowohl die Instrumente an sich wie auch die dahinter stehenden Ziele bleiben von diesen Veränderungen unberührt; (2) werden hingegen neue Instrumente eingesetzt, um die bisherigen Ziele zu erreichen, handelt es sich um einen Wandel zweiter Ordnung; (3) eine Politik, bei der sogar die Ziele einer Veränderung unterliegen, stellt einen Wandel dritter Ordnung dar. Werden in einem Politikfeld mehrere Ziele verfolgt, kann auch dann von einem Wandel dritter Ordnung gesprochen werden, wenn bei den Zielkonflikten neue Prioritäten gesetzt werden. Veränderungen erster und zweiter Ordnung sollten innerhalb eines Politikfeldes feststellbar sein, Änderungen dritter Ordnung können als Verschiebung der Zielhierarchie innerhalb oder zwischen Politikfeldern auftreten.

Auf der Grundlage dieser Konzeptionalisierung von Politikwandel können drei Idealtypen (sozialdemokratischer) Regierungsparteien unterschieden werden:

- Typ A umfasst Parteien, die an ihren bisherigen Zielen festhalten und bestehende Instrumente nicht oder nur geringfügig ändern, so dass weder ein Wandel zweiter noch dritter Ordnung zu erkennen ist (alte Instrumente, alte Ziele).

⁴ Zur Typologiebildung in der Politikwissenschaft vgl. Lauth (2003).

- Unter Typ B können Parteien zusammengefasst werden, die an traditionellen Zielen festhalten, zu deren Erreichung aber neue Instrumente einsetzen (neue Instrumente, alte Ziele).
- Unter dem dritten Typ C finden sich schliesslich diejenigen Parteien, die nicht nur neue Instrumente einsetzen, sondern auch neue Ziele definieren bzw. die Prioritätenfolge ihrer politischen Ziele verändern (neue Instrumente, neue Ziele).

Die Bezugsgrössen dieser Typologie sind somit die traditionellen Ziele und Instrumente sozialdemokratischer Parteien. Die traditionellen Ziele sozialdemokratischer Parteien waren in der Fiskalpolitik Umverteilung, in der Beschäftigungspolitik Vollbeschäftigung und in der Sozialpolitik Dekommodifizierung.⁵ Die korrespondierenden Instrumente waren (jenseits von nationalen Eigentümlichkeiten und Ausnahmen) eine progressive Steuerpolitik und ein Ausbau der Staatsquote, öffentliche Beschäftigung und Arbeitsmarktregulierungen, sowie die Ausdehnung der Sozialpolitik und öffentlicher Dienstleistungen (vgl. für eine genauere Analyse: Merkel u.a. 2006: 25ff.). Bereits in den 1980er Jahren konnten Ansätze einer Abkehr – zumindest in der implementierten Politik – konstatiert werden, ohne dass sich ein neues kohärentes Set an Zielen und Instrumenten gebildet hat. Allerdings hatten in den sechs Untersuchungsländern nur in Frankreich und Schweden die Sozialdemokraten in den 1980er Jahren längere Zeit die Regierungsmacht inne. Damit bietet die sozialdemokratische Regierungspolitik in den 1990er Jahren den Bezugspunkt für die Einschätzung des Politikwandels. Diese Einordnung muss sich aufgrund der beiden Kriterien der Typologie (Instrumente und Ziele) im Wesentlichen auf qualitative Studien der Regierungspolitik stützen.

Sozialdemokratische Regierungspolitik in sechs Ländern

Um die Fiskal-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik der sechs untersuchten sozialdemokratischen Regierungen innerhalb des oben skizzierten Modells von Politikwandel zu verorten, beschränkt sich die folgende Darstellung

⁵ Der Begriff “Dekommodifizierung” stammt ursprünglich aus der skandinavischen Wohlfahrtsstaatsforschung (Esping-Andersen 1990) und beschreibt die Bereitstellung von Sozialleistungen, auf die alle Bürger einen *Rechtsanspruch* haben und die ein Leben ermöglichen, ohne die eigene Arbeitskraft unter allen Umständen auf dem Markt anbieten zu *müssen*. In einem abgeschwächten Sinn wurde der Schutz der Arbeitnehmer vor den Marktkräften von allen sozialdemokratischen Parteien vertreten.

auf die wichtigsten Massnahmen und Schlüsselentscheidungen in den drei Politikfeldern.⁶

Fiskalpolitik

In der Untersuchungsperiode differierten die verfolgten Ziele und die dafür eingesetzten Politikinstrumente beträchtlich und wichen zum Teil deutlich von traditionellen Instrumenten ab.

In Grossbritannien und den Niederlanden wurde die Fiskalpolitik am Ziel der Haushaltskonsolidierung ausgerichtet.⁷ In beiden Fällen nutzte die Regierung neu eingeführte legislative Instrumente (“goldene Regel” und “Zalm-Norm”), die gewährleisteten, dass Mehreinnahmen des Staates vorrangig zur Schuldentilgung und nicht für weitere Ausgaben verwendet wurden. Die Steuerpolitik wurde nicht in den Dienst der Umverteilung gestellt, sondern war von Anreizen zur Arbeitsaufnahme und der Integration von Sozialbeiträgen in das Steuersystem (z.B. *tax credits*) geprägt. In beiden Ländern trat das Ziel der Umverteilung deutlich hinter die Konsolidierung des Haushaltes und der Stärkung ökonomischer Anreizstrukturen zurück.

Die steuerpolitischen Reformen in Frankreich und Deutschland bewegten sich vornehmlich in den Bahnen bestehender Regelungen (Zohlhöfer 2004; Howarth 2002). Auch nach einer Senkung verblieben die Unternehmenssteuern verglichen mit anderen OECD-Ländern auf einem hohen Niveau (SVR 2003: 354), und auch Einkünfte aus Kapitalvermögen wurden weiterhin vergleichsweise hoch besteuert. Auf der Ausgabenseite verharrten beide Regierungen weitgehend auf dem Status quo und es wurden kaum Massnahmen durchgeführt, die das strukturelle Defizit der Länder verringert hätten (Minefi 2004: 118; SVR 2004: 203ff.). Die Mehreinnahmen in der Periode hohen Wirtschaftswachstums wurden in beiden Ländern für Steuersenkungen und in Frankreich zusätzlich für weitere

⁶ Die folgende Beschreibung der zentralen Reformen in den drei Politikfeldern fusst auf den Ergebnissen eines unter dem Titel “Sozialdemokratische Antworten auf integrierte Märkte” durchgeführten DFG-Forschungsprojektes. Für eine detaillierte Beschreibung der Regierungspolitik in den sechs Ländern siehe Merkel u.a. (2006: 119–350).

⁷ *New Labour* verfolgte dabei konsequent ein Wahlversprechen von 1997, um die Glaubwürdigkeit bei den Wählern zu erhöhen und dem Image der “tax-and-spending-party” zu entkommen. Die *Partij van de Arbeid* (PvdA) wurde hingegen von den liberalen Koalitionspartnern auf eine solche Politik festgelegt.

Ausgaben verwendet.⁸ Dabei lassen sich Differenzen in der Verteilungswirkung der steuerpolitischen Reformen festzustellen, denn während in Deutschland die Entlastung für Bezieher hoher Einkommen stärker ausfiel, verfolgte der *Parti Socialiste* (PS) konsequent eine Politik der Entlastung unterer und mittlerer Einkommen. Damit haben vor allem die französischen Sozialisten dem klassischen Bild sozialdemokratischer Parteien entsprochen – Umverteilung und der Ausbau von Sozialleistungen besaßen Vorrang vor der Haushaltskonsolidierung. Hingegen lässt sich in der Politik der SPD ein ambivalentes Verhältnis zwischen möglichen haushalts- und steuerpolitischen Präferenzen feststellen. Obwohl die Konsolidierung ein proklamiertes Ziel war, wurde mit der Steuerpolitik ein anderer Weg beschritten, wobei die Umverteilung zwar geschwächt, aber nicht dezidiert aufgegeben wurde.⁹ Für die Fiskalpolitik ist in beiden Ländern somit kein Wechsel, sondern nur eine Neujustierung bekannter Instrumente festzustellen, die allenfalls als ein Wandel erster Ordnung einzuschätzen ist.

Die Fiskalpolitik der schwedischen *Socialdemokratiska Arbetarepartiet* (SAP) und der *Socialdemokratiet i Danmark* (SD) war hingegen von einem Nebeneinander verschiedener Ziele und einer erfolgreichen Konsolidierungspolitik geprägt. Angesichts der Haushaltskrise 1994 musste die schwedische SAP der Konsolidierung Vorrang einräumen und griff neben Steuererhöhungen auch auf signifikante Ausgabenkürzungen zurück.¹⁰ Hingegen griff die dänische SD erst dann auf Konsolidierungsmassnahmen zurück, als die Wachstumsschwäche (durch eine expansive Haushaltspolitik) überwunden worden war (Jensen 2001). In der Art der Steuererhöhungen zeigten sich Parallelen, denn in beiden Ländern wurde die Steuerbasis verbreitert und höhere Einkommen wurden stärker belastet, z.B. durch die Erhöhung der Spitzensteuersätze. Hier zeigt sich ein klassisch sozialdemokratisches Bild. Die Tatsache, dass Dänemark in Zeiten geringen Wirtschaftswachstums auf Ausgabenkürzungen verzichtete, zeugt ebenfalls von der Konstanz sozialdemokratischer Ziele und Instru-

⁸ Z.B. im Rahmen der grosszügigen Subventionen für Arbeitgeber bei der Umstellung zur 35-Stunden-Woche und durch eine Erhöhung der Arbeitslosen- und der Sozialhilfe.

⁹ In der Tat wollte die Regierung Schröder bei der Steuerreform 2000 den Spitzensteuersatz weniger stark absenken, wurde dazu aber durch den Bundesrat gezwungen, um überhaupt eine Steuerreform verabschieden zu können.

¹⁰ In zwei grossen Konsolidierungspaketen im November 1994 und April 1995 wurden dabei die (recht generösen) Sozialtransfers der Eltern-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung fast gleichmässig abgesenkt. Für eine genaue Aufstellung der Kürzungen siehe: Merkel u.a. (2006: 284).

mente in der Fiskalpolitik. Zu diesem Befund passt auch die schrittweise Rücknahme der Kürzungen nach der erfolgreichen Konsolidierung in Schweden. Bei der Unternehmens- und Kapitalbesteuerung konnten sich auch die skandinavischen Sozialdemokratien dem Druck des Steuerwettbewerbs nicht entziehen und haben Sonderregelungen für Zins- und Kapitalerträge eingeführt (duale Einkommensteuer) oder beibehalten und die schon niedrigen Körperschaftsteuern moderat abgesenkt (Cnossen 1999). Dem Ziel der Umverteilung blieben sie aber in soweit treu, als die Steuern auf Lohneinkommen hoch blieben. Auch wenn diese beiden Parteien ihre klassischen Ziele in der Fiskalpolitik weiterverfolgten, kam mit der konsequenten und erfolgreichen Haushaltskonsolidierung ein neues Ziel hinzu. Allerdings wurden dafür keine traditionellen Ziele geopfert, vielmehr wurde ein Ausgleich zwischen den Zielen der Konsolidierung und einer moderaten Umverteilung angestrebt, dabei jedoch durchgängige Steuer-senkungen ausgeschlossen.

Beschäftigungspolitik

Die hohe Arbeitslosigkeit stellte in allen Untersuchungsländern (mit Ausnahme Grossbritanniens) angesichts des Politikziels der Vollbeschäftigung eine besondere Herausforderung dar. Unterschiede zeigten sich in erster Linie bei den Instrumenten, die für die Zielerreichung eingesetzt wurden. Die Umsetzung einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik ist eine der auffälligsten Gemeinsamkeiten der sechs sozialdemokratischen Regierungen. Besonders in den beiden skandinavischen Ländern konnte die Sozialdemokratie an eine schon länger bestehende Tradition aktiver Arbeitsmarktpolitik anknüpfen, was den Einstieg in "aktivierende" Massnahmen erleichterte (Trautwein 2000). Durch die neuen Elemente der verpflichtenden Teilnahme an Aktivierungsmassnahmen und Sanktionen bei einer Weigerung wurde aus der aktiven eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik.¹¹ Dabei entsprach die starke Betonung von Aus- und Weiterbildungsangeboten sowie Umschulungsmassnahmen der von Boix (1998) behaupteten Investitionsneigung sozialdemokratischer Parteien in Humankapital. Auch das traditionelle Instrument, den öffentlichen Sektor zur Beschäftigungsaus-

¹¹ Ein definierendes Element aktivierender Arbeitsmarktpolitik im Gegensatz zu aktiver Arbeitsmarktpolitik liegt in der individualisierten Ausrichtung der Programme und Pläne auf Fertigkeiten der Teilnehmer neben dem stärkeren Verpflichtungscharakter. Aktivierende Arbeitsmarktpolitik ist stärker mikroökonomisch auf die Angebotsseite ausgerichtet (vgl. zu den Differenzen: West 2001).

dehnung zu nutzen, wurde eingesetzt und mit sozialpolitischen Vorhaben verknüpft. Bei der Arbeitsmarktregulierung wurden kaum Veränderungen am bestehenden System vorgenommen. Der stark regulierte Arbeitsmarkt Schwedens entspricht traditionellen sozialdemokratischen Präferenzen. In Dänemark gab es für die Sozialdemokratie wegen der akzeptierten Kombination eines deregulierten Arbeitsmarkts mit hohen Lohnersatzleistungen keine Veranlassung, den Arbeitsmarkt stärker zu regulieren (Braun 2003). Die Beschäftigungspolitik der SD und der SAP lässt sich als eine Mischung aus Veränderungen erster und zweiter Ordnung bezeichnen. Ein *first order change* ist die Ausweitung der öffentlichen Beschäftigung, ein *second order change* ist die Implementierung der aktivierenden Politik. Die grosse Rolle hochwertiger Qualifizierungsmassnahmen gibt diesem Politikwandel trotz zunehmenden Drucks auf Arbeitslose ein sozialdemokratisches Antlitz. Das traditionelle Ziel der Vollbeschäftigung blieb von diesen Veränderungen unberührt.

Auch wenn das Ausgangsniveau der offenen Arbeitslosigkeit in Grossbritannien und den Niederlanden unterschiedlich war, wiesen die dort neu eingesetzten Instrumente in der Beschäftigungspolitik in die gleiche Richtung. So wurden die liberalen Arbeitsmarktbestimmungen entweder beibehalten (*New Labour*) oder ausgeweitet (PvdA).¹² Beide Parteien haben ebenfalls die aktivierende Arbeitsmarktpolitik als neues Instrument eingesetzt. Im Vergleich zu Schweden und Dänemark spielten jedoch Aus- und Weiterbildungsmassnahmen eine deutlich geringere Rolle. Stattdessen wurden Lohnsubventionsprogramme in beiden Ländern ein wichtiger Bestandteil der Arbeitsmarktpolitik. Auch bei den "prekären Beschäftigungsverhältnissen" zogen beide Parteien die Inklusion in den Arbeitsmarkt dem Schutz der Arbeitnehmer vor Marktkräften vor. Beim massiven Ausbau der Teilzeit- und Leiharbeit in den Niederlanden handelte es sich ebenfalls um ein neues – beschäftigungspolitisch erfolgreiches – Instrument. Wie die Fiskalpolitik beinhaltet auch die Arbeitsmarktpolitik in diesen Ländern einige neue Instrumente, deren konkrete Ausprägungen ein Indiz für eine veränderte Präferenzordnung sind. Insbesondere die Akzeptanz oder Schaffung eines deregulierten Arbeitsmarktes weist auf eine gesunkene Präferenz für Dekommodifizierung hin. Es kann ein *second order change* festgestellt werden.

¹² Die in Grossbritannien übernommenen Mindeststandards der EU-Sozialcharta veränderten die Grundstruktur des Arbeitsmarktes nicht, weil sich dadurch nur individuelle Rechtsansprüche von Arbeitnehmern verbesserten, die Vertretungsrechte der Gewerkschaften im Wesentlichen aber unverändert blieben.

Im Gegensatz dazu entsprachen die Massnahmen in der Beschäftigungspolitik zu Beginn der Regierungszeit der SPD ganz dem Bild der traditionellen Sozialdemokratie (Blancke und Schmid 2003), und auch der französische PS setzte weitgehend auf bekannte Instrumente (Tuchszirer 2002). Auch wenn das Ziel der Vollbeschäftigung nicht erreicht wurde, genoss der Schutz der Insider des Arbeitsmarktes weiterhin hohe Priorität. In diesem Kontext ist die anfängliche Stärkung der Arbeitnehmerrechte in Deutschland ebenso zu sehen wie die gering entwickelten Zumutbarkeitskriterien für die Wiederaufnahme von Arbeit in Frankreich (Dollé 2004). Vor allem der französische PS folgte mit der Einführung der 35-Stunden-Woche und dem Ausbau öffentlicher Beschäftigung dem Muster traditioneller sozialdemokratischer Politik. Zwar hielten Elemente einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik in beiden Ländern Einzug, allerdings blieb das für Sozialdemokraten so wichtige Element der Umschulungsprogramme und Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung unterentwickelt. Weiterhin prägten passive, auf Transferleistungen beruhende Instrumente das Bild. Die Beschäftigungspolitik lässt sich grösstenteils nur als *first order change* beschreiben, wobei die SPD in ihrer zweiten Legislaturperiode mit der "Agenda 2010" damit begann, aktivierende Massnahmen zu stärken und die Zumutbarkeitskriterien zu verschärfen (Kemmerling und Bruttel 2006). Hier deutete sich ein Politikwandel zweiter Ordnung an.

Sozialpolitik

Auch die Sozialpolitik war, vor allem in Frankreich, von einem nur geringen Wandel gekennzeichnet, während in Deutschland diesbezüglich mehr Veränderungen zu beobachten waren (Clift 2004b; Schmidt 2003). So schreckte die Regierung Jospin vor einer strukturellen Reform der Rentenversicherung zurück, andere Leistungen wurden ausgebaut.¹³ In Deutschland wurde mit der Rentenreform 2001 eine strukturelle Reform verabschiedet, die mit der staatlichen Förderung einer kapitalgedeckten Altersvorsorge ("Riester-Rente") auch ein neues Instrument beinhaltete. Da diese Privatvorsorge aber nicht obligatorisch wurde, kann noch nicht von einem abgeschlossenen Paradigmenwechsel gesprochen werden.¹⁴

¹³ Z.B. durch die Einführung der universellen Krankenversicherung CMU, eines neuen Pflegegeldes und die Erhöhung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

¹⁴ Inwieweit damit in Deutschland ein Paradigmenwechsel stattfand (Schmähl 2003) und das Ziel der Statussicherung aufgegeben wurde oder auch mit dem Instrument der Riester-

In Frankreich fielen die Förderung und die Anreize zu einer privaten Altersvorsorge geringer aus. Zusammen mit den überwiegend inkrementellen Reformen in der Gesundheitspolitik war insgesamt kein *second order change* in der Sozialpolitik zu beobachten.

Daneben wurde in beiden Ländern die Finanzierung der beitragsbasierten Sozialsysteme über Steuern ausgeweitet. Diese fiel in Deutschland mit der Einführung der Ökosteuer relativ bescheiden aus, in Frankreich wurde der Steueranteil durch die Verschiebung der Krankenversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer auf die Sozialsteuer CSG hingegen verdoppelt. Mit Ausnahme der letztgenannten Massnahme wurde die Finanzierungskrise der Sozialversicherungen in beiden Ländern somit nur ansatzweise dazu genutzt, den statuskonservierenden kontinentalen Sozialstaat "sozialdemokratisch" in Richtung Universalismus und Steuerfinanzierung umzubauen.

Die Massnahmen der skandinavischen Sozialdemokratie in der Sozialpolitik entsprechen weitgehend den traditionellen Zielen und Instrumenten sozialdemokratischer Parteien. Der universalistische Wohlfahrtsstaat wurde beibehalten, besonders das Kernmerkmal der beiden Wohlfahrtsstaaten – die umfangreichen öffentlichen Dienstleistungen – wurden sogar noch ausgebaut. Die umfangreichen Dienstleistungen im Bereich der Familienpolitik haben einen deutlich positiven Einfluss auf die Beschäftigungsquote von Frauen (Esping-Andersen 2002). Die Einschnitte in Schweden wurden nach der erfolgreichen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte teilweise wieder zurückgenommen. Während die Rentenpolitik in Dänemark nur marginal reformiert wurde,¹⁵ handelt es sich bei dem neuen Rentensystem in Schweden mit einer neuartigen Finanzierungsstruktur und einer obligatorischen kapitalgedeckten Komponente um ein neues Politikmuster, mit dem der universalistische Charakter der Altersvorsorge geschwächt wurde (Anderson 2001). Auch in der Sozialpolitik zeigt sich eine Mischung aus dem Einsatz traditioneller und neuer Instrumente, ohne dass die herkömmlichen Ziele aufgegeben wurden. Insgesamt lastete ein wesentlich geringerer Reformdruck auf den Sozialsystemen dieser Länder. Voraussetzung dafür war jedoch die Akzeptanz hoher indirekter und vor allem direkter

Rente aufrechterhalten wird, wird sich erst in weiter Zukunft zeigen.

¹⁵ Die Wirkungen der Förderung von Betriebsrenten und der Einführung einer zusätzlichen so genannten "ATP-Rente" können erst langfristig abgeschätzt werden (Hülsmann, Schmid und Schöll 2001).

Steuersätze zur Finanzierung der sozialen Leistungen (Swank und Steinmo 2002).

In der Sozialpolitik von *New Labour* und der PvdA lassen sich hingegen Instrumente identifizieren, die sich an ökonomischen Kategorien von Effizienz, Wettbewerb und Privatisierung orientierten und damit nicht mehr dem traditionellen Muster sozialdemokratischer Ziele und Instrumente entsprachen. Dekommodifizierung spielte nur noch eine nachrangige Rolle, zum zentralen Ziel der Sozialpolitik avancierte vielmehr die Inklusion in den Arbeitsmarkt. So wurden die Sozialleistungen durchgängig darauf ausgerichtet, die Anreize zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit zu erhöhen.¹⁶ Diesem Zweck dienten auch strukturelle Reformen, durch die z.B. in den Niederlanden bi- oder tripartistischen Aufsichts- und Ausführungsorgane durch umfassende strukturelle Veränderungen zu unabhängigen oder staatlich gesteuerten Institutionen umgebaut, somit Wettbewerbselemente gestärkt und einzelne Versicherungszweige komplett privatisiert wurden (Hemerijck und Schludi 2001). Trotz steigender sozialpolitischer Ausgaben unter *New Labour* zeigte sich bei den Massnahmen eine Konzentration auf Armutsvermeidung im Gegensatz zu breit angelegter Umverteilung. In den Niederlanden war der Sozialstaat zu Beginn der 1990er Jahre wesentlich umfassender als in Grossbritannien, durch Privatisierungen und den Ausbau von Wettbewerbsmechanismen schwanden jedoch dessen generöse Züge.

Zusammenfassung

Zusammenfassend zeigen Deutschland und Frankreich erkennbare Parallelen bezüglich einer vergleichsweise geringen Reformatiefe auf. Der PS orientierte sich praktisch durchgehend an hergebrachten sozialdemokratischen Politikmustern, während die SPD nach ihrer Wiederwahl Ende 2002 damit begann, sich von klassischen Instrumenten zu lösen. Dennoch wird die SPD noch diesem Typ zugerechnet, da viele der nach 2002 getroffenen Massnahmen dazu dienten, die Politik der Jahre 1998–2002 zurückzunehmen und somit keine neue und eigenständige sozialdemokratische Strategie sichtbar wurde (Zohlnhöfer 2004). In vielen vergleichenden

¹⁶ *New Labour* griff besonders stark auf das Instrument von *tax credits* (für Familien, Geringverdiener usw.) zurück. Dadurch wurde der Bezug dieser "Sozialleistungen" an die Erwerbsarbeit gekoppelt. Davon ausgenommen war jedoch das Gesundheitssystem NHS, dessen universeller Charakter beibehalten wurde und gleichzeitig stieg das Budget ab 1999/2000 deutlich an (vgl. Zohlnhöfer 2006; Petring 2006).

Arbeiten wird die skandinavische Sozialdemokratie in einer Gruppe oder einem Typ zusammengefasst (Esping-Andersen 1990). Auch unsere Untersuchung zeigt deutliche Gemeinsamkeiten der Regierungspolitik von dänischer SD und schwedischer SAP, die jeweils traditionelle Ziele mit teilweise neuen Instrumenten kombinierten. Es lässt sich ein distinktes skandinavisch-sozialdemokratisches Politikmuster erkennen. Die Unterschiede zwischen der Regierungspolitik Grossbritanniens und der Niederlande sind in einigen Bereichen beträchtlich. Das ist nicht zuletzt auf das jeweilige Politikerbe der Länder bei Antritt der sozialdemokratisch geführten Regierungen und auf die verschiedenen Regierungssysteme zurückzuführen. Dennoch zeigten viele Massnahmen in die gleiche Richtung oder zeugten von einer ähnlichen Strategie, hinter der eine deutliche Zielveränderung zu erkennen war.

Typologische Zuordnung, Zielkonflikte und Politikergebnisse

Findet sich bei einer Partei sowohl auf der Ebene der Ziele als auch der Strategien überwiegend keine Änderung, so ist sie als *traditionelle Sozialdemokratie* einzuschätzen (Tabelle 1). Dies sehen wir vor allem in Frankreich und – etwas abgeschwächt – in Deutschland gegeben. Lassen sich hingegen bei den Politikstrategien Änderungen feststellen, mit denen auf der Ebene der Politikziele weiterhin traditionelle Vorstellungen der Sozialdemokratie verfolgt werden, kann dies als *modernisierte Sozialdemokratie* bezeichnet werden. Diesem Typ entsprechen die Sozialdemokratien Schwedens und Dänemarks.

Werden nicht nur neue Instrumente eingesetzt, sondern darüber hinaus auch Ziele neu definiert, stellt sich die Frage nach der “Richtung” dieser Zielrevision. Theoretisch könnten Parteien des Typs C auch solche mit einer neomarxistischen Ausrichtung sein, die sich von klassischen sozialdemokratischen Zielen abwenden. Dies ist empirisch jedoch nicht zu beobachten – die Zielrevision ging in Grossbritannien und den Niederlanden vielmehr in eine wirtschaftsliberale Richtung, so dass diese Regierungsparteien als *liberalisierte Sozialdemokratie* bezeichnet werden.¹⁷

¹⁷ Die im Jahr 2003 begonnenen Reformen der “Agenda 2010” in Deutschland weisen zwar im Bereich der Arbeitsmarktpolitik in eine ähnliche Richtung, allerdings blieb dieser Strategiewechsel auf dieses Politikfeld beschränkt, so dass die SPD nicht der Gruppe der liberalisierten Sozialdemokratie zugeordnet werden kann.

Tabelle 1: Typologische Zuordnung der sechs sozialdemokratischen Parteien

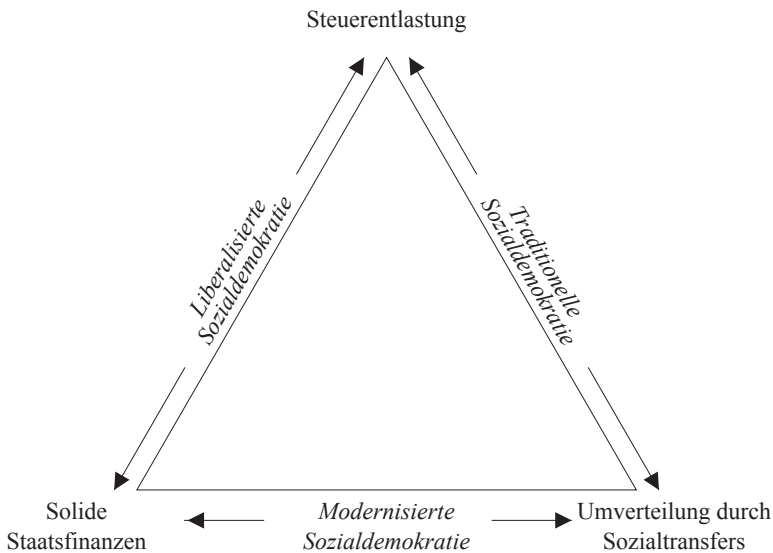
Partei (Land)	Ebene der Änderungen	Fiskalpolitik	Beschäftigungs- politik	Sozialpolitik	Politikwandel insgesamt (Parteityp)	Typenbezeich- nung
PS (F)	Ziele	Nein	Nein	Nein	Erster Ordnung (Typ A)	Traditionelle Sozialdemokratie
	Strategien	Nein	Nein	Nein		
SPD (D)	Ziele	Nein	Nein	Nein	Erster Ordnung (Typ A)	Traditionelle Sozialdemokratie
	Strategien	Nein	Ja	Nein		
SD (DK)	Ziele	Nein	Nein	Nein	Zweiter Ordnung (Typ B)	Modernisierte Sozialdemokratie
	Strategien	Ja	Ja	Nein		
SAP (S)	Ziele	Ja	Nein	Nein	Zweiter Ordnung (Typ B)	Modernisierte Sozialdemokratie
	Strategien	Ja	Ja	Ja		
PvdA (NL)	Ziele	Ja	Nein	Ja	Dritter Ordnung (Typ C)	Liberalisierte Sozialdemokratie
	Strategien	Ja	Ja	Ja		
New Labour (GB)	Ziele	Ja	Nein	Ja	Dritter Ordnung (Typ C)	Liberalisierte Sozialdemokratie
	Strategien	Ja	Ja	Ja		

Tabelle 2: Prägende Merkmale sozialdemokratischer Regierungspolitik

	Traditionell	Modernisiert	Liberalisiert
Fiskalpolitik	Keine Ausgabenbegrenzung, trotzdem Steuersenkungen; nur bedingt wettbewerbsorientierte Steuerpolitik	Ausgabenbegrenzung und Einnahmeerhöhung; Progressives Steuersystem und globalisierungssensitive Unternehmensteuern	Ausgabenbegrenzung und Steuersenkungen; wettbewerbsorientierte Steuerpolitik
	<i>Keine Konsolidierung</i>	<i>Konsolidierung und Umverteilung</i>	<i>Investitionen in Humankapital</i>
Beschäftigungspolitik	Passive Arbeitsmarktpolitik	Aktivierende Arbeitsmarktpolitik	Aktivierende Arbeitsmarktpolitik
	<i>Einkommenssicherheit</i>	<i>Investitionen in Humankapital</i>	<i>Marktteilnahme</i>
Sozialpolitik	Beibehaltung des hohen Sozialschutzes; aufgrund hoher Transfers wenig Möglichkeiten zur Steigerung von Dienstleistungen	Beibehaltung des hohen Sozialschutzes und der Bedeutung sozialer Dienstleistungen	Kürzung und Privatisierung; zunehmende Bedeutung von privater Vorsorge
	<i>Statussicherung</i>	<i>Gleiche Lebenschancen</i>	<i>Armutsvermeidung</i>

Die Begriffe “modernisiert” und “liberalisiert” sind nicht als normative Bezeichnungen auf der Grundlage subjektiver Wertungen zu verstehen. Sie benennen die vorherrschende Richtung der Revision klassischer sozialdemokratischer Instrumente aufgrund objektivierbarer Kriterien. Zwischen modernisierten und liberalisierten sozialdemokratischen Parteien zeigt sich der Unterschied besonders in Bezug auf den Wohlfahrtsstaat. Die *modernisierte Sozialdemokratie* ergänzt den Wohlfahrtsstaat um den Sozialinvestitionsstaat, doch ersetzt ihn nicht. Dieser Typ der Sozialdemokratie begrenzt weder staatliche Aufgaben noch setzt er zunehmend auf Marktlösungen, sondern er vergrößert den staatlichen Aufgabenbereich gerade im Bereich sozialer Investitionen. *Liberalisierte Sozialdemokratien* hingegen ersetzen zumindest partiell die bestehenden Regulierungen durch Marktlösungen und näherten sich damit liberalen Vorstellungen an. Die Sicherung von sozialpolitischen Mindeststandards und die Inklusion in den Arbeitsmarkt

Abbildung 1: Sozialdemokratischer Zielkonflikt



treten an die Stelle einer anspruchsvollen Dekommodifizierung. Die prägenden Merkmale der drei Typen sind in Tabelle 2 zusammengefasst. Diese drei divergenten “Wege” sozialdemokratischer Regierungspolitik lassen sich als Konflikt zwischen drei konkurrierenden Zielen konzeptionalisieren (Abbildung 1), zwischen denen sich eine sozialdemokratische Regierungspartei entscheiden muss.¹⁸

Die *traditionelle Sozialdemokratie* verfolgte das klassische sozialdemokratische Ziel der Umverteilung durch hohe Sozialtransfers, konnte sich dem Druck des Steuerwettbewerbs aber nicht entziehen und entsprach diesem durch entsprechende Steuerreformen. Die Steuern wurden gesenkt, Ausgaben jedoch nicht gekürzt. Die Sanierung der Staatsfinanzen wurde hintangestellt. Die *liberalisierte Sozialdemokratie* gab das Ziel einer umfassenden Umverteilung auf oder ersetzte dieses durch gezielte Hilfen für Bedürftige. Dadurch konnte sie zum einen die Staatsfinanzen über die Ausgabenseite sanieren und zum anderen Steuerentlastungen umsetzen bzw. das vergleichsweise niedrige Steuerniveau beibehalten. Die *modernisierte Sozialdemokratie* hingegen verfolgte weiterhin das Ziel der Umverteilung bei einer gleichzeitigen Sanierung des Staatshaushaltes. Die gleichzeitige

¹⁸ Diese Sichtweise lehnt sich an das Trilemma der Dienstleistungsökonomie von Iversen und Wren (1998) an.

Verfolgung dieser beiden Ziele liess es nicht zu, auch noch eine niedrige Steuerbelastung anzustreben. Die Steuern wurden daher nur in Bereichen gesenkt (Unternehmen, Kapital), in denen dies aufgrund des Steuerwettbewerbes (zur Vermeidung von Steuerflucht) unabdingbar erschien.

Auch wenn die Wirkung politischer Massnahmen oft mit Zeitverzögerungen eintritt und externe, nicht direkt zu verändernde Faktoren die Resultate beeinflussen (internationale Konjunktur, Geldpolitik der EZB, Deutsche Einheit etc.), bliebe ein Vergleich sozialdemokratischer Regierungspolitik ohne den Vergleich der Politikergebnisse unvollständig. Als erstrebenswerte (sozialdemokratische) Politikziele werden dabei solide Staatsfinanzen, ein hohes Beschäftigungsniveau und ein ausgebauter Wohlfahrtsstaat angenommen, dessen wichtigste (wenn auch nicht die einzige) Aufgabe in der Vermeidung von Armut gesehen wird (Merkel 2001). Diese Ziele werden mit folgenden Indikatoren operationalisiert: In der Fiskalpolitik durch die Höhe der Staatsverschuldung und des strukturellen Haushaltsdefizits, in der Beschäftigungspolitik mit der Arbeitslosen- und Beschäftigungsquote, und in der Sozialpolitik mit der Höhe der preisbereinigten Pro-Kopf-Sozialausgaben und der Veränderungsquote der Armutsgefährdung vor und nach sozialen Transfers (zur Messung der "Wirksamkeit" des Sozialstaates). In den folgenden Abbildungen wird zum einen dargestellt, wie die Bilanz der Länder im Jahr 2002 bei diesen Indikatoren im Vergleich zum Durchschnittswert der sechs sozialdemokratisch regierten Länder ausfällt ("Status") und zum anderen, wie sich die Werte seit dem sozialdemokratischen Regierungsantritt entwickelt haben ("Veränderung").

Es zeigt sich, dass die unterschiedlichen Politikmuster der genannten drei Typen mit einer spezifischen Leistungsbilanz zusammentreffen. In allen Ländern mit Ausnahme Deutschlands und Frankreichs verbesserten sich die Werte von Schuldenstand und Haushaltsdefizit im Vergleich zum Zeitpunkt des Regierungsantritts (Abbildung 2). Die Unterschiede sind allerdings beträchtlich, wobei sich Grossbritanniens mittelmässige fiskalpolitische Performanz beim Veränderungsindikator vor allem mit der im Vergleich zu Dänemark, Schweden und den Niederlanden guten Ausgangssituation erklärt. Auch in der Beschäftigungspolitik ergibt sich eine zweigeteilte Performanzbewertung, bei der die *traditionelle Sozialdemokratie* – trotz einer konjunkturell bedingten Verbesserung – den geringsten Erfolg aufweisen kann. Nur in der Sozialpolitik schneidet die *traditionelle Sozialdemokratie* nicht schlechter ab als die *liberalisierte*. Grossbritannien nimmt noch immer den letzten Platz ein, obwohl es den grössten Entwick-

Abbildung 2: Performanz im Vergleich

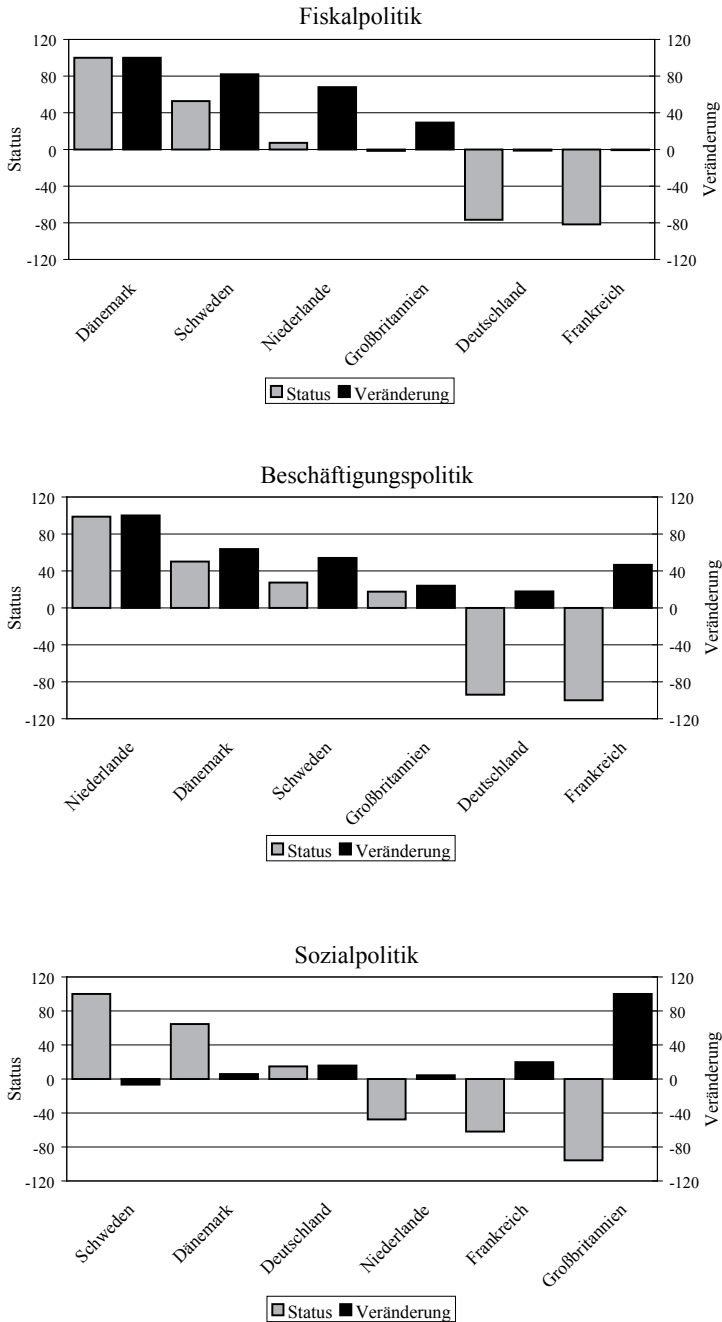
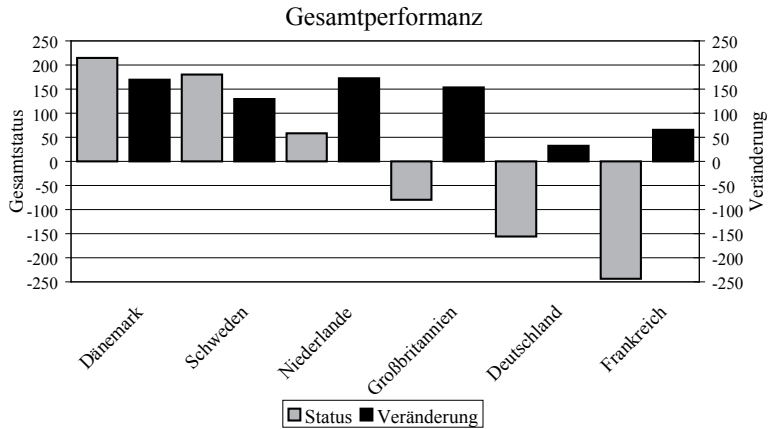


Abbildung 2 (Fortsetzung)



Anmerkung: Für die Standardisierung des Status am Ende der Regierungszeit bzw. im Jahr 2002 wurden die länderspezifischen prozentualen Abweichungen bei jeweils zwei Indikatoren in den drei Politikfeldern vom arithmetischen Mittel der sechs Länder errechnet. Für die Fiskalpolitik waren dies die Staatsverschuldung und das strukturelle Haushaltsdefizit, für die Beschäftigungspolitik die Beschäftigungs- und die Arbeitslosenquote und für die Sozialpolitik die preisbereinigten Pro-Kopf-Sozialausgaben und die Veränderungsquote der Armutsgefährdung vor und nach sozialen Transfers. Für den Veränderungsindikator wurde jeweils die Prozentpunkt-Veränderung von Regierungsbeginn bis -ende (bzw. 2002) der beiden Indikatoren verwendet. Die Ergebnisse wurden in Relation zum maximalen Wert auf einer Skala von -100 bis +100 normiert. Für die oben abgebildete Gesamtbilanz wurde dann die Summe der länderspezifischen Status- und Veränderungswerte errechnet. Positive Werte bedeuten niedrigere Schulden bzw. Defizite, niedrigere Arbeitslosenquoten bzw. höhere Beschäftigungsquoten und höhere Sozialausgaben und eine grössere Reduktion der Armutsgefährdung durch soziale Transfers. Negative Werte bedeuten höhere Schulden bzw. Defizite, höhere Arbeitslosenquoten und niedrigere Erwerbsquoten und niedrigere Sozialausgaben bzw. eine geringere Veränderungsquote der Armutsgefährdung vor und nach sozialen Transfers.

Quelle: eigene Berechnungen auf der Grundlage von Eurostat und Daten der OECD.

lungsprozess aller sechs Länder aufweist. Dies illustriert einen enormen "sozialdemokratischen Aufholprozess" durch die Regierung Blair. Die skandinavischen Länder liegen auch bei den sozialpolitischen Performanzkriterien an der Spitze, das hohe sozialstaatliche Niveau konnte jedoch nicht weiter gesteigert werden. Die *modernisierte Sozialdemokratie* steht im Gesamtranking deutlich an der Spitze. Falls die politischen Massnahmen in Grossbritannien und den Niederlanden zu einer positiven Entwicklung vor allem in der Fiskal- und Beschäftigungspolitik beitrugen, gingen

sie jedoch zu Lasten der sozialpolitischen Performanz. In Frankreich und Deutschland ist hingegen kaum eine massgebliche Verbesserung der wohlfahrtsstaatlichen Leistungsindikatoren zu erkennen.

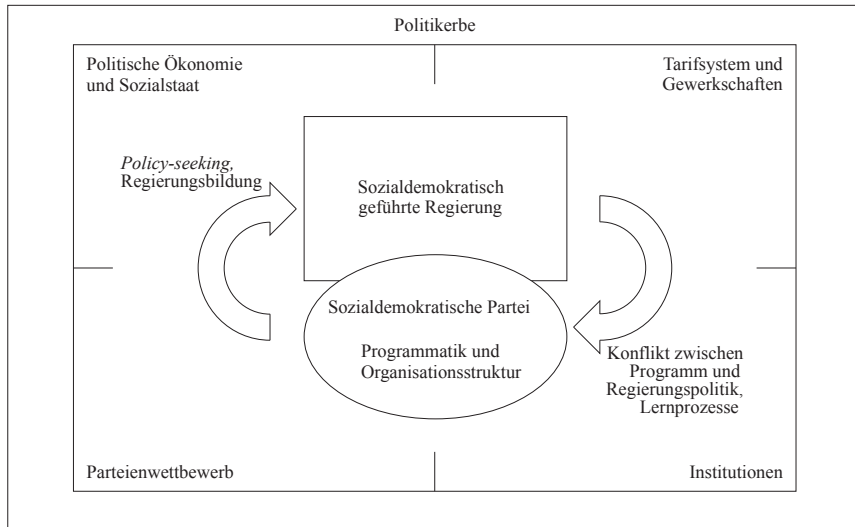
Erklärungsfaktoren für die divergenten sozialdemokratischen Reformpfade

Die unterschiedlichen Politiken und Leistungsbilanzen und die beschriebenen Entscheidungen bei Zielkonflikten setzen Wahl- und Steuerungsmöglichkeiten der Regierungen voraus. Zweifelsohne besitzen diese Gestaltungsmöglichkeiten, doch standen den hier untersuchten sozialdemokratischen Parteien nicht alle genannten Strategien in gleicher Weise zur Verfügung. Dem theoretischen Ansatz eines "akteurszentrierten Institutionalismus" (Scharpf 2000) folgend wird daher abschliessend der Versuch unternommen, die Herausbildung der genannten drei Politikmuster bzw. Parteitypen in Abhängigkeit dieser divergierenden Handlungsmöglichkeiten zu erklären.

Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass Regierungspolitik als ein "Produkt von Interaktionen zwischen intentional handelnden Akteuren" erklärt werden kann, und diese Interaktionen davon geprägt sind, in welchem Kontext sie stattfinden (Scharpf 2000). Als wichtigste Interaktionspartner einer sozialdemokratischen Regierungspartei können Koalitions- und Oppositionsparteien, politische Institutionen mit legislativen oder juristischen Kompetenzen (z.B. eine zweite Kammer und ein Verfassungsgericht), Gewerkschaften, Arbeitgeber und andere wirtschafts- und sozialpolitisch relevante Akteure sein. Welchen Einfluss diese auf die Regierungspolitik nehmen (können), hängt von deren interner Verfasstheit, Handlungsmöglichkeiten und -strategien ab, die wiederum durch den Sozialstaatstyp und die Besonderheiten der politischen Ökonomie, die Verfassung, das Parteiensystem usw. bestimmt werden. Aus der Gesamtheit dieser Faktoren ergibt sich ein spezifischer Handlungskontext, der von der jeweiligen sozialdemokratischen Regierungspartei antizipiert wird und im Zeitverlauf Veränderungen unterliegen kann.¹⁹ Eingebettet ist dieser Handlungskontext in das vorgefundene "Politikerbe" (vorangegangene politische Ent-

¹⁹ Ausserdem ist davon auszugehen, dass der Handlungskontext von Politikfeld zu Politikfeld variiert, z.B. wenn die Gesetzgebungskompetenzen einer zweiten Kammer nicht in allen Politikbereichen gleich stark sind.

Abbildung 3: Handlungskontext sozialdemokratischen Regieren



scheidungen, "objektive" Problemlage), das ebenfalls Problemperzeption und Handlungsprogramm der Akteure beeinflusst. Diese Struktur ist vereinfacht in Abbildung 3 dargestellt.

Das dieser Abbildung zugrunde gelegte Erklärungsmodell geht von der Annahme aus, dass eine Partei grundsätzlich bestrebt ist, in der Regierung ihre programmatischen Ziele zu verfolgen, die üblicherweise in der Form von Wahlprogrammen veröffentlicht werden (zur sog. Mandate-Theorie vgl. Klingemann, Hofferbert und Budge 1994; Volkens 2004). Durch die Dynamik des Parteienwettbewerbs (z.B. antizipierte Stimmenverluste an Oppositionsparteien), das Beharrungsvermögen sozialstaatlicher Strukturen, Konflikte mit Gewerkschaften und institutionelle Entscheidungsblockaden des Regierungssystems wird sie jedoch unter Umständen dazu gezwungen, von ihrem ursprünglichen Handlungsprogramm abzuweichen.²⁰ Wie sie auf diese Situation reagiert und welche innerparteilichen Konflikte oder Lernprozesse damit eventuell einhergehen, ist wiederum in Abhängigkeit ihrer internen Organisationsstruktur zu bewerten. Welche Rolle spielten diese Faktoren zur Herausbildung der drei Typen sozialdemokratischer Regierungspolitik?

²⁰ Diese Faktoren werden von einer Partei in ihrem Wahlprogramm unter Umständen schon antizipiert – was aber nicht heisst, dass sie als Regierungspartei nicht trotzdem noch dazu gezwungen werden könnte, von ihrer Programmatik abzuweichen.

Programmatik und Struktur der sozialdemokratischen Regierungspartei

Bei einer weitgehenden Abwesenheit externer Restriktionen kann nur mit der Programmatik einer Regierungspartei erklärt werden, warum eine Regierung diese oder jene Politik verfolgt (Cox 2001). Eine Abkehr von traditionellen sozialdemokratischen Politikinstrumenten ist vor diesem Hintergrund nur im Falle der britischen und der dänischen Sozialdemokratie plausibel, da sich diese beiden Parteien bereits in der Opposition einem programmatischen und organisatorischen Erneuerungsprozess unterzogen hatten (Shaw 1996; Frenzel 2002). Der schwedischen SAP ist eine programmatische Anpassung erst in Reaktion auf ihre spezifischen Erfahrungen der ersten Jahre nach dem Regierungswechsel gelungen, als sie im Zeichen der fiskalpolitischen Krise Anfang der 1990er Jahre mit ihrer Politik teilweise deutlich vom bisherigen Kurs der Partei abgewichen war (Lindgren 1999). Bei der niederländischen PvdA kam die bereits begonnene Programmdebatte mit dem Regierungseintritt 1989 (Grosse Koalition) zum Erliegen (Becker und Cuperus 1998). Infolge dessen war eine deutliche Differenz zwischen der noch überwiegend traditionellen Programmatik der PvdA und ihrer liberalisierten Politik zu beobachten. Warum sie eine mit ihrer Programmatik nicht in Einklang stehende Regierungspolitik verfolgte, muss also mit externen Faktoren erklärt werden (s.u.). Differenzen zwischen Programmatik und Regierungspolitik waren mit fortdauernder Regierungszeit auch in Deutschland zu beobachten, da die SPD ebenfalls mit einer traditionellen Programmatik in die Regierung eingetreten war (Egle und Henkes 2003), von der sich diese ab 2003 aber zunehmend entfernte. Der PS hat sich demgegenüber in der Opposition zwar programmatisch erneuert, dies jedoch nicht in der Art der britischen und dänischen Sozialdemokratie, sondern in Form einer Revitalisierung links-republikanischer Werte (Hincker 1997). Damit hatten sich die französischen Sozialisten bewusst gegen eine Annäherung an angebotsorientierte Massnahmen entschieden und standen – wie mit ihrer Politik – unter den hier untersuchten Parteien am weitesten im links-traditionellen Spektrum.

Die unterschiedliche Fähigkeit bzw. das Unvermögen zur programmatischen Erneuerung und erfolgreichen Bearbeitung parteiinterner Konflikte kann zu weiten Teilen mit der Organisationsstruktur der Parteien erklärt werden. Die drei Parteien mit zentralisierter Führung und Willensbildung (SAP, SD, *New Labour*) erwiesen sich als deutlich anpassungs- und konfliktlösungsfähiger als die organisatorisch stärker fragmentierten Parteien PvdA, SPD und PS.

Die Struktur der politischen Ökonomie und des Sozialstaates

Die Finanzierungsstruktur und Regulierungsdichte des Sozialstaates beeinflusst sowohl die Performanz einer Volkswirtschaft als auch die Strategiewahl politischer Akteure. Dabei erweist sich insbesondere der beitragsfinanzierte Sozialstaat als eine Hürde für sozialdemokratische Regierungen und trägt damit zum traditionellen Profil der Sozialdemokratie in Deutschland und Frankreich bei. Die Niederlande, wo der Sozialstaat ebenfalls zu grossen Teilen über Sozialversicherungen finanziert wird, sind abermals ein abweichender Fall (s.u.). Neben den hinlänglich bekannten beschäftigungshemmenden Wirkungen des beitragsfinanzierten Sozialstaates (z.B. Scharpf und Schmidt 2000) stellt dieser auch handlungstheoretisch einige Hürden bereit. So weisen die körperschaftlich selbständigen Sozialversicherungen ein organisatorisches Selbstinteresse am Erhalt des Status quo auf und können aufgrund des angewandten Umlageverfahrens und den durch Beitragszahlungen erworbenen Rechtsansprüchen nur mit langen Übergangsfristen reformiert werden (Palier 2004).

Diese Pfadabhängigkeit ist in überwiegend steuerfinanzierten Sozialstaaten weniger zu beobachten. Ausserdem stehen die verschiedenen Zweige der Sozialversicherung unter der (Mit-)Verwaltung der Sozialpartner, womit zusätzliche Akteure (v.a. Gewerkschaften) für eventuelle Reformmassnahmen gewonnen werden müssen. Schliesslich kann die institutionelle Trennung von beitragsfinanziertem Arbeitslosengeld und steuerfinanzierter Arbeitslosen- bzw. Sozialhilfe (in Deutschland bis 2005) für die mangelnde Effektivität und zögerliche Einführung einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik verantwortlich gemacht werden. Die dadurch hervorgerufenen Zuständigkeits- bzw. Koordinierungsprobleme standen einer einheitlichen Aktivierungsstrategie in Deutschland und Frankreich häufig im Wege (Dollé 2004; Trampusch 2003). Während in Skandinavien alle Arbeitslosen nur von einer Behörde (der Arbeitsverwaltung) betreut wurden, mussten entsprechende Vereinfachungen in den anderen Ländern erst mühsam eingeführt werden. Dabei ging Grossbritannien den Niederlanden, Frankreich und Deutschland voran, wo die genannten institutionellen Beharrungskräfte des Sozialversicherungsstaates die Implementierung dieser Massnahmen verzögern.

Als eine weitere Beschränkung des Handlungsspielraumes erweist sich eine hohe Regulierungsdichte am Arbeitsmarkt. Diese wird als hart erkämpfte Errungenschaft von der sozialdemokratischen Stammklientel und den Gewerkschaften verteidigt. In keinem Land wage eine sozialdemokra-

tische Regierung weitgehende Deregulierungsschritte, und in Frankreich drängte der kommunistische Koalitionspartner gar auf eine weitere Verschärfung des Kündigungsschutzes, was jedoch am Verfassungsrat scheiterte. Die Niederlande bilden auch hier eine gewisse Ausnahme, während in Schweden und Deutschland der Arbeitsmarkt lediglich an den "Rändern" etwas flexibler wurde (Teilzeit, geringfügige Beschäftigung).

Gewerkschaften und Tarifsystem

Die Interaktion mit den Gewerkschaften beeinflusst noch immer die Politik sozialdemokratischer Parteien. So liessen sich die Gewerkschaften in Schweden, Dänemark und den Niederlanden in die Reformpolitik der Regierung einbinden, was deren Handlungsspielraum deutlich erweiterte. Mit gewerkschaftlicher Duldung gelangen dort Kürzungen in der Sozialpolitik und/oder eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Gescheitert ist dies in Deutschland trotz des "Bündnis für Arbeit", weil man sich mit den Gewerkschaften nicht auf eine gemeinsame Problemdiagnose verständigen konnte (Heinze 2003). In Frankreich verhinderte die Angst vor gewerkschaftlichen Protesten, dass eine dringend notwendige Rentenreform in Angriff genommen wurde. In Grossbritannien war eine Einbindung der Gewerkschaften nicht "nötig", da die Regierung Blair gegenüber der konservativen Vorgängerregierung eine arbeitnehmerfreundliche Politik verfolgte und somit nicht mit gewerkschaftlichem Widerstand rechnen musste.

Die divergierenden Handlungsmuster bezüglich der Einbindung von Gewerkschaften können als verschiedene Formen eines politischen Tausches interpretiert werden (Egle u.a. 2004). Die einer Regierung zur Verfügung stehenden Tauschoptionen hängen von der Strategie- und Verpflichtungsfähigkeit der Gewerkschaften und der institutionellen Fähigkeit der Regierung ab ("Schatten der Hierarchie"), ihre Politik zur Not auch ohne Zustimmung der Sozialpartner durchzusetzen. Diese Drohung konnten die Regierungen in Schweden und Dänemark gegenüber den Gewerkschaften aussprechen. In Schweden konnte dann eine stillschweigende gewerkschaftliche Duldung erreicht werden, zumal ihnen zugesichert wurde, die Sozialkürzungen nach dem Ende der Krise wieder zurückzunehmen. In Dänemark wurden die Gewerkschaften in die konkrete Ausgestaltung der Arbeitsmarktreform eingebunden. Noch weitergehende Reformschritte konnten im Falle der Niederlande unternommen werden, da dort innerhalb intakter korporatistischer Institutionen (Stiftung der Arbeit, Rat für Sozial- und Wirtschaftspolitik) eine gemeinsame Problemanalyse

erzielt wurde und die Sozialpartner in eine langfristige Strategie eingebunden wurden, v.a. bei der Arbeitsmarktgesetzgebung. In Deutschland vergab die Regierung im "Bündnis für Arbeit" die Möglichkeit eines politischen Tausches, weil sie gewerkschaftsfreundliche Gesetze umsetzte (z.B. die Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes), ohne von den Gewerkschaften eine tarifpolitische oder sonstige Gegenleistung verlangt zu haben (Traxler 2003). In Frankreich waren neokorporatistische Arrangements aufgrund der Schwäche und Fragmentierung der dortigen Gewerkschaften von vorn herein nicht zu erwarten.

Parteienwettbewerb

Die parteipolitische Zusammensetzung einer Koalition beeinflusst das Profil und die Ausrichtung der Regierungspolitik ebenso wie die Konkurrenz mit Oppositionsparteien (Kitschelt 2001). Tatsächlich erweist sich in den hier untersuchten Ländern die jeweilige Kombination von Regierungskonstellation (Allein-, Minderheits- oder Koalitionsregierung) und Struktur und Ausrichtung des bürgerlichen Lagers als die wichtigste Erklärungsvariable sozialdemokratischer Regierungspolitik.

Ohne Kompromisszwang und unbehelligt von der Opposition agierte *New Labour* als Alleinregierung. Der Abkehr von traditionellem linken Gedankengut und der Beibehaltung des wirtschaftsliberalen Erbes der Vorgängerregierung standen keine parteipolitischen Hürden entgegen, weil aufgrund des Mehrheitswahlrechts keine Konkurrenz einer Linkspartei zu befürchten war. Die britische Sozialdemokratie kann sogar liberalere Positionen vertreten als kontinentale christdemokratische Parteien, ohne linke Wähler zu verlieren. Die spezifische Kombination wettbewerbsfähiger Fiskalpolitik mit gleichzeitiger Beibehaltung eines hohen Sozialstaatsniveaus in Skandinavien kann mit der Konstellation der dortigen Minderheitsregierungen erklärt werden (Green-Pedersen 2001). Eine fakultative, politikfeldspezifische Kooperation mit bürgerlichen oder linken Parteien vergrößerte den Handlungsspielraum der dänischen und schwedischen Sozialdemokratie enorm. Ausserdem mindert die Minderheitsregierung die für eine sozialdemokratische Partei potentiell gefährliche Konkurrenz einer Linkspartei. Die an Linksparteien – und nicht etwa an eine bürgerliche Mittepartei – verlorenen Wähler blieben im linken Lager und gefährdeten nicht die Regierungsmacht der SAP. Demgegenüber waren sozialdemokratische Parteien in Koalitionsregierungen gezwungen, jeweils Kompromisse in eine bestimmte Richtung zu machen. Die PvdA koalierte erst mit

der christdemokratischen CDA, danach mit zwei liberalen Parteien, also jeweils mit Konkurrenten, die in wirtschaftspolitischen Fragen rechts der Sozialdemokratie anzusiedeln sind. Durch die grosse Koalition aus Sozial- und Christdemokraten Anfang der 1990er Jahre wurde ausserdem eine gegenseitige Blockade zweier Sozialstaatsparteien verhindert, die in einer Konkurrenzsituation aus Angst vor Stimmenverlusten an die jeweils andere Partei hätte eintreten können. Stattdessen brachten beide Parteien gemeinsam unpopuläre Einschnitte zustande (Visser und Hemerijck 1998). Trotz mehrfacher Versuche konnte die PvdA in der anschliessenden "violettten Koalition" keinen Wechsel zu einer weniger restriktiven Fiskalpolitik durchsetzen, weil sie sonst ihre Koalitions- und damit Regierungsfähigkeit verloren hätte. Im fragmentierten niederländischen Parteiensystem sind die Beziehungen der Parteien untereinander für die Regierungsbildung ebenso wichtig wie der Wahlausgang (Andeweg 2000). Somit kann im Falle der PvdA von einer durch die jeweiligen Koalitionspartner "aufgezwungenen" Liberalisierung ihrer Politik gesprochen werden, was die erstaunliche Kluft zwischen Programmatik und Regierungspolitik dieser Partei erklärt.

In Frankreich ist der gegenteilige Fall zu beobachten, dort koalierte die PS mit drei linken Parteien. Die Linksparteien lehnten nicht nur eine orthodoxe Fiskalpolitik strikt ab, sondern überboten sich auch mit Forderungen nach Erhöhungen von Sozialleistungen und Umverteilung. Eine Abkehr vom vergleichsweise "linken" Kurs der Regierung hätte die Stabilität der Koalition gefährdet (Egle 2005). Hinzu kommt, dass in Frankreich vom bürgerlichen Lager kaum ein Druck zu weitreichenden Reformen ausging, da dieses bezüglich Etatismus und Staatsinterventionismus kaum hinter der klassischen Sozialdemokratie zurücksteht und damit deren Bewegungsspielraum in die Mitte des Parteienspektrums begrenzt (Egle 2006).

Für die SPD hat sich nicht der Koalitionspartner, sondern der Wettbewerb mit den Unionsparteien als zentraler Erklärungsfaktor erwiesen. Mit ihrer Mehrheit im Bundesrat erschwerte die CDU/CSU der Regierung die Ausbildung eines sozialdemokratischen Profils²¹ und profitierte gleichzeitig bei Wahlen von der Unzufriedenheit traditioneller SPD-Anhänger. Generell fällt auf, dass in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden, also dort, wo die Sozialdemokratie mit einer christdemokratischen bzw. etatistischen bürgerlichen Partei konkurriert, eine Modernisierung sozialdemokratischer Programmatik erschwert wurde. Die Gefahr für die Sozi-

²¹ So wurde die Regierung zu einer stärkeren Senkungen des Spitzensteuersatzes gezwungen und der Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen verhindert.

aldemokratie, die bürgerliche Hauptpartei zumindest punktuell rechts zu überholen (*leapfrogging*), ist so gross, dass eine Infragestellung und Überprüfung traditioneller sozialdemokratischer Politikinstrumente behindert wird. In der Tat entzündeten sich die heftigen innerparteilichen Konflikte in der SPD und PvdA daran, dass viele Anhänger beklagten, dass die Sozialdemokratie gegenüber der Christdemokratie ihr "eigenständiges" Profil verliere (Seeleib-Kaiser 2002).

Politisch-institutionelle Ordnung

Politische Institutionen wie zweite Kammern und Verfassungsgerichte sind ein weiteres Variablenbündel zur Erklärung sozialdemokratischen Regierungshandelns. Diese Institutionen spielten nur in Frankreich und Deutschland eine erkennbare Rolle.²² Der Verfassungsrat hat zwar zahlreiche Vorhaben der Regierung Jospin verhindert, allerdings konnte die Regierung entweder eine andere Lösung für ihr Vorhaben finden, oder es wurde – wie im Falle des Kündigungsschutzes – durch das Gericht eine Massnahme verhindert, die das traditionalistische Profil der Regierung noch verstärkt hätte.

Ein zentraler Einflussfaktor für das Profil der Regierung Schröder war der Einfluss des Bundesrates. Durch die von der oppositionellen CDU/CSU dominierte Länderkammer wurde die SPD in einigen Fällen zu weitreichenden Zugeständnissen gezwungen. Diese Kompromisse zwangen die SPD meist zu einer stärker marktorientierten Politik, als sie selbst zunächst durchzuführen bereit war. Dies gilt für die deutliche Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer und v.a. für die Arbeitsmarktpolitik (Zohlnhöfer 2004). Damit wurde die 2003 begonnene Abkehr von bisherigen Politikmustern erleichtert, die Ausbildung eines kohärenten sozialdemokratischen Profils aber erheblich erschwert.

Politikerbe und Zeitpunkt der Regierungsübernahme

Als eine Ressource für eine weitreichende Reformpolitik erweist sich der Zeitpunkt der Regierungsübernahme und die Perzeption eines hohen Pro-

²² In Dänemark und Schweden gibt es keine zweite Kammer, in Grossbritannien hat das Oberhaus nur ein schwaches suspensives Vetorecht, die "Eerste Kamer" der Niederlande macht von seinem Vetorecht in der Praxis ebenfalls nur äusserst selten Gebrauch (vgl. Berndt 2000). Eine gesonderte Verfassungsgerichtsbarkeit existiert in keinem dieser vier Länder.

blemdrucks in der Bevölkerung. So legitimierte die SAP den strikten Konsolidierungskurs und die Sozialkürzungen gegenüber ihren Anhängern mit der massiven Haushaltskrise Anfang der 1990er Jahre (Wörlund 1995). In den Niederlanden und in Deutschland konnte die Regierung die Empörung der Bevölkerung über offensichtliche Fehlsteuerungen²³ in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik nutzen, bisherige Reformblockaden zu überwinden. Solange aber konjunkturelle Effekte strukturelle Reformdefizite überdecken konnten, was v.a. in Frankreich und Deutschland bis 2002 der Fall war, sahen die Regierungen keinen Anlass, einen Konflikt mit ihrer Kernwählerschaft zu wagen.

Die französischen und deutschen Sozialdemokraten hatten ausserdem damit zu kämpfen, dass ihnen von der Vorgängerregierung Reformaufgaben überlassen wurden, während in den anderen Ländern unpopuläre Reformen bereits unternommen worden waren. Dies gilt in besonderer Weise für den britischen Fall. Sozialleistungen waren von den konservativen Vorgängerregierungen (insbesondere Thatcher) gekürzt, die Vetomacht der Gewerkschaften gebrochen und der Arbeitsmarkt dereguliert. *New Labour* hatte damit genügend Spielraum, sozialdemokratische Akzente setzen, ohne die Wettbewerbsfähigkeit einzuschränken und die Sozialsysteme zu überlasten.

Von den Massnahmen der Vorgängerregierung profitierten auch die PvdA und die skandinavischen Sozialdemokraten. In Dänemark und Schweden war das Steuersystem bereits wettbewerbskonform. Einen innerparteilichen Konflikt um eine bevorzugte Behandlung mobiler Einkommensquellen (duale Einkommensteuer) und die Senkung der Unternehmenssteuern musste die Sozialdemokratie dort nicht mehr führen – im Gegensatz zu Deutschland und Frankreich, wo solche Massnahmen von Parteilinken als eine Aufgabe sozialdemokratischer Umverteilungsziele kritisiert wurden. Schliesslich hatten der PS und die SPD Mitte der 1990er Jahre gegen die begonnenen Reformen der Regierungen Kohl und Juppé mobilisiert, beide Parteien wurden somit nicht für eine Beschleunigung des Reformprozesses gewählt, sondern um diesen zu verhindern. Auch aus diesem Grund verharteten beide Parteien am stärksten in traditionellen Politikmustern.

²³ In den Niederlanden wurde mit dem Buurmeijer-Report Missbrauch bei der Erwerbsunfähigkeitsrente aufgedeckt, in Deutschland ergab eine Untersuchung des Bundesrechnungshofes, dass eine Vielzahl der von der BA veröffentlichten Statistiken über den Erfolg ihrer Vermittlungsbemühungen falsch waren.

Fazit

Die sozialdemokratische Regierungspolitik in den 1990er Jahren hatte nur in wenigen Bereichen die Form einer gleichlaufenden Entwicklung. Als distinkte Typen aufgrund unterschiedlicher Zielkataloge und der hierzu eingesetzten Instrumente in der Fiskal-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik lassen sich *traditionelle*, *modernisierte* und *liberalisierte Sozialdemokratien* unterscheiden. Diese drei Typen lassen sich auf unterschiedliche Entscheidungen bei Zielkonflikten zurückführen. Die *traditionelle Sozialdemokratie* reagierte auf die veränderten Rahmenbedingungen mit der Beibehaltung eines hohen Sozialschutzes und trotzdem mit Steuersenkungen, vernachlässigt wurde jedoch eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Die Konsequenz dieser Politik war das Verfehlen der klassischen sozialdemokratischen Ziele.

Die *liberalisierte Sozialdemokratie* schnitt fiskal- und beschäftigungspolitisch zwar deutlich besser ab als Frankreich und Deutschland, sozialpolitische Ziele haben jedoch an Prominenz verloren. Dieses Ziel wurde zugunsten einer Konsolidierung und einer Steuerentlastung zurückgestellt.

Die Anpassung der *modernisierten Sozialdemokratie* auf der Ebene der Instrumente liess es zu, auch unter veränderten Bedingungen erfolgreich an den traditionellen Zielen festzuhalten. Allerdings wurde dafür das Ziel einer generellen Steuerentlastung dezidiert nicht verfolgt und nur in den Bereichen, in denen dies aufgrund internationaler Rahmenbedingungen unabwendbar war, umgesetzt.

Die Möglichkeit, den entsprechenden *Policy-Mix* zu verfolgen, wurde massgeblich durch die spezifische Ausgestaltung des nationalen Kontextes bestimmt. Insbesondere der Parteienwettbewerb hat die Richtung des Politikwandels beeinflusst. So konnte die *liberalisierte Sozialdemokratie* in einem Umfeld agieren, das entweder hinreichend Spielraum zur Mitte bot (Grossbritannien) oder wurde durch Koalitionspartner in diese Richtung gedrängt (Niederlande). Die zögerlichen Reformen der traditionellen Sozialdemokratien können damit erklärt werden, dass der Parteienwettbewerb eine programmatische Öffnung aufgrund starker bürgerlicher Wohlfahrtsstaatsparteien oder linkstraditionalistischer Koalitionspartner erheblich erschwerte. Hingegen wurde der erfolgreiche *Policy-Mix* der modernisierten Sozialdemokratie durch die Minderheitsregierungen deutlich erleichtert, welche die flexible Suche nach Sachmehrheiten im gesamten politischen Parteispektrum ermöglichten. Die Situation der beiden skandinavischen sozialdemokratischen Parteien, mit linken und rechten Parteien (legisla-

tive) "Koalitionsoptionen" zu besitzen, erleichtert die Flexibilität auf der Ebene der Politikinstrumente, wodurch wiederum das Festhalten an klassischen Zielen möglich war.

Ein einheitlicher "Dritter Weg" oder eine Konvergenz sozialdemokratischer Regierungspolitik ist somit nicht zu beobachten. Allerdings legen insbesondere die Leistungsbilanzen der *traditionellen* Sozialdemokratie die Vermutung nahe, dass eine Anpassung sozialdemokratischer Instrumente an die veränderten Rahmenbedingungen des Regierungshandelns notwendig ist, um sozialdemokratische Ziele zu erreichen. Auch wenn die Möglichkeiten zu einer solchen Anpassung prinzipiell allen sozialdemokratischen Parteien offen stehen, konfrontieren die nationalen Handlungskontexte die sechs untersuchten Parteien mit sehr unterschiedlichen Kosten-Nutzen-Verhältnissen. Die Kosten für politisch-programmatischen Stillstand steigen jedoch im Zeitverlauf an – dies legen zumindest die Leistungsbilanzen der traditionellen Sozialdemokraten nahe. Für die deutsche und französische Sozialdemokratie stellt sich somit weniger die grundsätzliche Frage nach einer Veränderung, sondern eher nach dem Zeitpunkt, zu dem diese eingeleitet werden.

Bibliographie

- Anderson, K. (2001). Wohlfahrtsstaat und Arbeitsmarkt in Schweden und den Niederlanden: Ergebnisse und Erfahrungen aktueller Reformen. In Alber, J. und J. Kohl (Hrsg.), *Arbeitsmarkt und Sozialstaat*. Wiesbaden (407–36).
- Andeweg, R. (2000). From Dutch Disease to Dutch Model? Consensus Government in Practice. *Parliamentary Affairs* 53(4): 697–709.
- Becker, F. und R. Cuperus (1998). Dutch Social Democracy between Blair and Jospin. In Cuperus, R. und J. Kandel (Hrsg.), *European Social Democracy: Transformation in Progress*. Amsterdam: Bevrjiding (247–55).
- Berndt, U. (2000). Die Erste Kammer der Niederlande: Politisierung statt Selbstbeschränkung? In Riescher, G., Russ, S. und C. Haas (Hrsg.), *Zweite Kammern*. München: Oldenbourg Verlag (255–68).
- Blancke, S. und J. Schmid (2003). Bilanz der Bundesregierung Schröder im Bereich der Arbeitsmarktpolitik 1998–2002: Ansätze zu einer doppelten Wende. In Egle, C., Ostheim, T. und R. Zohlhörer

- (Hrsg.), *Das rot-grüne Projekt: Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag (215–38).
- Boix, C. (1998). *Political Parties, Growth and Equality: Conservative and Social Democratic Economic Strategies in the World Economy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bonoli, G. (2004). Social Democratic Party Policies in Europe: Towards a Third Way? In Bonoli, G. und M. Powell (Hrsg.), *Social Democratic Party Policies in Contemporary Europe*. London: Routledge (197–213).
- Braun, T. (2003). Ein neues Modell für Flexicurity: Der dänische Arbeitsmarkt. *WSI Mitteilungen* 2003(2): 92–99.
- Clift, B. (2004a). New Labour's Second Term and European Social Democracy. In Ludlam, S. und M. Smith (Hrsg.), *Governing as New Labour: Policy and Politics under Blair*. New York: Palgrave (34–51).
- (2004b). The Employment and Social Policies of the Jospin government. In Bonoli, G. und M. Powell (Hrsg.), *Social Democratic Party Policies in Contemporary Europe*. London: Routledge (123–40).
- Cnossen, S. (1999). Taxing Capital Income in the Nordic Countries: A Model for the European Union? *Finanzarchiv* 56(1): 18–50.
- Cox, R. (2001). The Social Construction of an Imperative: Why Welfare Reform Happened in Denmark and the Netherlands but not in Germany. *World Politics* 53(3): 463–98.
- Cuperus, R. und J. Kandel (Hrsg.), (1998). *European Social Democracy: Transformation in Progress*. Amsterdam: Bevingdijng.
- Dollé, M. (2004). Income Support Policy in France. In Gilbert, N. und A. Parent (Hrsg.), *Welfare Reform: A Comparative Assessment of the French and U.S. Experiences*. New Brunswick: Transaction Publishers (67–91).
- Egle, C. (2005). Linke Rhetorik und ungelöste Probleme: Sozialdemokratische Reformpolitik in Frankreich in vergleichender Perspektive. In Deutsch-Französisches-Institut (Hrsg.), *Frankreich-Jahrbuch 2004*. Wiesbaden: VS Verlag (81–111).
- (2006). *Reformträgheit und Reformfähigkeit in Frankreich und Deutschland: Eine Analyse bürgerlicher und sozialdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik seit Mitte der 90er Jahre*. Universität Heidelberg: Dissertation.
- Egle, C. und C. Henkes (2003). Später Sieg der Modernisierer über die Traditionalisten? Die Programmdebatte in der SPD. In Egle, C., Ost-

- heim, T. und R. Zohlnhöfer (Hrsg.), *Das rot-grüne Projekt: Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag (67–92).
- Egle, C., Henkes, C., Ostheim, T. und A. Petring (2004). Sozialdemokratische Antworten auf integrierte Märkte: Das Verhältnis von Markt und Staat, Hierarchie und Konsens. *Berliner Journal für Soziologie* 1(14): 113–34.
- Esping-Andersen, G. (1990). *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- (2002). *Why We Need a New Welfare State?* Oxford: Oxford University Press.
- Frenzel, M. (2002). *Neue Wege der Sozialdemokratie: Dänemark und Deutschland im Vergleich (1982–2002)*. Wiesbaden: DUV.
- Giddens, A. (1999). *Der dritte Weg*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Green-Pedersen, C. (2001). Minority Governments and Party Politics: The Political and Institutional Background to the “Danish Miracle”. *Journal of Public Policy* 21(1): 53–70.
- Hall, P. (1993). Policy Paradigms, Social Learning, and the State. The Case of Economic Policymaking in Britain. *Comparative Politics* 25(3): 275–96.
- Hay, C. (1999). *The Political Economy of New Labour: Labouring under False Pretences?* Manchester: Manchester University Press.
- Heinze, R. (2003). Das “Bündnis für Arbeit”: Innovativer Konsens oder institutionelle Erstarrung? In Egle, C., Ostheim, T. und R. Zohlnhöfer (Hrsg.), *Das rot-grüne Projekt: Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag (137–61).
- Hemerijck, A. und M. Schludi (2001). Welfare Adjustment in Europe: The Transformation of the European Social Model? In Magnusson, L. und J. Ottosson (Hrsg.), *Europe: One Labour Market?* Brüssel: P.I.E.-Peter Lang (21–105).
- Hincker, F. (1997). The French Socialist: Towards Post-republican Values? In Sassoon, D. (Hrsg.), *Looking Left: Socialism in Europe after the Cold War*. New York: Tauris (109–23).
- Howarth, D. (2002). The French State in the Euro-zone: “Modernization” and Legitimizing Dirigisme. In Dyson, K. (Hrsg.), *European States and the Euro*. Oxford: Oxford University Press (145–72).
- Huber, E. und J. Stephens (1998). Internationalization and the Social Democratic Model: Crisis and Future Prospects. *Comparative Political Studies* 31(3): 353–97.

- Huber, E., Ragin, C. und J. Stephens (1993). Social Democracy, Christian Democracy, Constitutional Structure, and the Welfare State. *American Journal of Sociology* 99(3): 711–49.
- Hülsmann, J., Schmid, J. und S. Schöll (2001). Rentenreformen in sechs westeuropäischen Ländern: Ein Blick über den Tellerrand. *WIP Occasional Paper* 15.
- Iversen, T. und A. Wren (1998). Equality, Employment, and the Budgetary Restraint: The Trilemma of the Service Economy. *World Politics* 50(4): 507–46.
- Jensen, A. (2001). Summary of Danish Tax Policy 1986–2002. *Finansministeriet Working Paper* 2/2001.
- Katz, R. und P. Mair (1995). Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party. *Party Politics* 1(1): 5–29.
- Kemmerling, A. und O. Bruttel (2006). “New Politics” in German Labour Market Policy? The Implications of the Recent Hartz Reforms for the German Welfare State. *West European Politics* 29(1): 90–112.
- Kitschelt, H. (1999). European Social Democracy Between Political Economy and Electoral Competition. In Kitschelt, H. u.a. (Hrsg.), *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*. Cambridge: Cambridge University Press (317–45).
- (2001). Partisan Competition and Welfare State Retrenchment. When do Politicians Choose Unpopular Policies? In Pierson, P. (Hrsg.), *The New Politics of the Welfare State*. Oxford: Oxford University Press (265–302).
- Klingemann, H.-D., Hofferbert, R. und I. Budge (1994). *Parties, Policies, and Democracy*. Boulder: Westview.
- Krieger, J. (1999). *British Politics in the Global Age: Can Social Democracy Survive?* Oxford: Oxford University Press.
- Lauth, H.-J. (2003). Typologien in der Vergleichenden Politikwissenschaft: Überlegungen zum Korrespondenzproblem. In Pickel, S., Pickel, G., Lauth, H.-J. und D. Jahn (Hrsg.), *Vergleichende Politikwissenschaftliche Methoden*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag (37–58).
- Lindgren, A.-M. (1999). Swedish Social Democracy in Transition. In Kelly, G. (Hrsg.), *The New European Left*. London: Fabian Society (47–58).
- Merkel, W. (1993a). *Ende der Sozialdemokratie? Machtressourcen und Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich*. Frankfurt: Campus.

- (1993b). Machtressourcen, Handlungsrestriktionen und Strategiewahlen: Die Logik sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. *Politische Vierteljahresschrift* 34(1): 3–28.
- (2001). Soziale Gerechtigkeit und die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. *Berliner Journal für Soziologie* 11(2): 135–57.
- Merkel, W., Egle, C., Henkes, C., Ostheim, T. und A. Petring (2006). *Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie: Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Meyer, T. (2005). *Theorie der Sozialen Demokratie*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- MINEFI (2004). *Projet de loi de finances 2005. Rapport économique, social et financier*. Online http://www.minefi.gouv.fr/directions_services/dgtp/ef2005/ef05_1.pdf [Stand: 23.01.07].
- Moses, J. (1994). Abdication from National Policy Autonomy: What's Left to Leave? *Politics and Society* 22(2): 125–48.
- (1995). The Social Democratic Predicament in the Emerging European Union: A Capital Dilemma. *Journal of European Public Policy* 2(3): 407–26.
- Palier, B. (2004). Der Sozialversicherungsstaat in Nöten: Herausforderungen und Reformansätze im Vergleich. In Neumann, W. (Hrsg.), *Welche Zukunft für den Sozialstaat? Reformpolitik in Frankreich und Deutschland*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag (23–48).
- Petring, A. (2006). New Labour im Vergleich: Konvergenz oder Divergenz in der Europäischen Sozialdemokratie? In Berg, S. und A. Kaiser (Hrsg.), *New Labour und die Modernisierung Grossbritanniens*. Augsburg: Wissner Verlag (301–37).
- Pontusson, J. (1995). Explaining the Decline of European Social Democracy: The Role of Structural Economic Change. *World Politics* 47(4): 495–533.
- Powell, M. (2004). Social Democracy in Europe: Renewal or Retreat? In Bonoli, G. und M. Powell (Hrsg.), *Social Democratic Party Policies in Contemporary Europe*. London: Routledge (1–20).
- Scharpf, F. (2000). *Interaktionsformen: Akteurszentrierter Institutionalismus in der Politikforschung*. Opladen: Leske+Budrich.
- Scharpf, F. und V. Schmidt (Hrsg.), (2000). *Welfare and Work in the Open Economy: From Vulnerability to Competitiveness*. Oxford: Oxford University Press.

- Schmähl, W. (2003). Dismantling the Earnings-Related Social Pension Scheme: Germany Beyond a Crossroad. *ZeS-Arbeitspapier* 9(3). Bremen: Universität Bremen.
- Schmidt, M. (1996). When Parties Matter: A Review of the Possibilities and Limits of Partisan Influence on Public Policy. *European Journal of Political Research* 30(2): 155–83.
- (2002). The Impact of Political Parties, Constitutional Structures and Veto Players on Public Policy. In Keman, H. (Hrsg.), *Comparative Democratic Politics: A Guide to Contemporary Theory and Research*. London: Sage (166–84).
- (2003). Rot-Grüne Sozialpolitik (1998–2002). In Egle, C., Ostheim, T. und R. Zohlnhöfer (Hrsg.), *Das rot-grüne Projekt: Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag (239–58).
- Schroeder, W. (2003). Modell Deutschland und das Bündnis für Arbeit. In Jochem, S. und N. Siegel (Hrsg.), *Konzertierung, Verhandlungsdemokratie und Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat: Das Modell Deutschland im Vergleich*. Opladen: Leske+Budrich (107–47).
- Seeleib-Kaiser, M. (2002). Neubeginn oder Ende der Sozialdemokratie? Eine Untersuchung zur programmatischen Reform sozialdemokratischer Parteien und ihrer Auswirkung auf die Parteiendifferenzthese. *Politische Vierteljahresschrift* 43(3): 478–96.
- Shaw, E. (1996): *The Labour Party since 1945*. Oxford: Blackwell.
- Stammers, N. (2001). Social Democracy and Global Governance. In Martell, L. (Hrsg.), *Social Democracy: Global and National Perspectives*. New York: Palgrave (27–48).
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2003). *Jahresgutachten 2003/2004: Staatsfinanzen konsolidieren – Steuersystem reformieren*. Berlin: Statistisches Bundesamt Deutschland.
- (2004). *Jahresgutachten 2004/2005: Erfolge in Ausland – Herausforderungen im Inland*. Berlin: Statistisches Bundesamt Deutschland.
- Swank, D. (2002). *Global Capital, Political Institutions, and Policy Change in Developed Welfare States*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Swank, D. und S. Steinmo (2002). The New Political Economy of Taxation in Advanced Capitalist Democracies. *American Journal of Political Science* 46(3): 642–55.

- Thomson, S. (2000). *The Social Democratic Dilemma: Ideology, Governance and Globalization*. Basingstoke: Macmillan Press.
- Trampusch, C. (2003). Dauerproblem Arbeitsmarkt: Reformblockaden und Lösungskonzepte. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 18–19/2003: 16–23.
- Trautwein, H.-M. (2000). Sozialdemokratischer Modellbau im Wandel? Das Beispiel Schweden. In Hein, E. und A. Truger (Hrsg.), *Perspektiven sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in Europa*. Marburg: Metropolis-Verlag (125–59).
- Traxler, F. (2003). Die Struktur der nationalen Gewerkschaftssysteme im Vergleich. In Schroeder, W. und B. Wessels (Hrsg.), *Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag (543–64).
- Tuchszirer, C. (2002). Réforme de l'assurance chômage. *IRES Document de travail* No. 02.02.
- Visser, J. und A. Hemerijck (1998). *Ein holländisches Wunder? Reform des Sozialstaates und Beschäftigungswachstum in den Niederlanden*. Frankfurt: Campus Verlag.
- Volkens, A. (2004). Policy Changes of European Social Democrats, 1945–1998. In Bonoli, G. und M. Powell (Hrsg.), *Social Democratic Party Policies in Contemporary Europe*. London: Routledge (21–42).
- West, K. (2001). Sozialstaatliche Reformen als Übergang von einer aktiven zu einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik. In W. Schroeder (Hrsg.), *Neue Balance zwischen Markt und Staat?* Schwalbach: Wochenschau Verlag (117–36).
- Wolinetz, S. (2002). Beyond the Catch All Party: Approaches to the Study of Parties and Party Organization in Contemporary Democracies. In Gunther, R., Ramón-Montero, J. und J. Linz (Hrsg.), *Political Parties: Old Concepts and New Challenges*. Oxford: Oxford University Press (136–65).
- Wörlund, I. (1995). The Swedish Parliamentary Election of September 1994. *Scandinavian Political Studies* 18(4): 285–91.
- Zohlhöfer, R. (2004). Destination Anywhere? The German Red-Green Government's Inconclusive Search for a Third Way in Economic Policy. *German Politics* 13(1): 106–31.
- (2006). New Labours Finanz- und Wirtschaftspolitik: Sozialdemokratie durch die Hintertür? In Berg, S. und A. Kaiser (Hrsg.), *New Labour und die Modernisierung Grossbritanniens*. Augsburg: Wissner Verlag (13–43).

Traditional, Modernised and Liberalised Social Democracy

Based on the debate about the “third way” of social democracy the article gives an empirically founded answer to the question, whether a revision of classical political goals and instruments of social-democratic governments in view of the changes by global and European market integration and the social change has taken place. A comparison of fiscal, employment and social politics of six social-democratic governments in Great Britain, France, Germany, the Netherlands, Sweden and Denmark shows that three distinct types can be identified: traditional, modernised, and liberalised social democracy. Each type is accompanied by a certain pattern of policy outcomes. The main explanations for the different policies are party competition, coalition constellations and welfare state structures.

Social-démocratie traditionnelle, modernisée et libéralisée

S'appuyant sur le débat de la troisième voie de la social-démocratie cet article donne une réponse empiriquement fondée à la question si les gouvernements sociaux-démocrates ont révisé leurs objectifs politiques classiques à cause de l'intégration économique globale et européenne et de la transformation sociale. Une comparaison qualitative de la politique fiscale, d'emploi et sociale de six gouvernements social-démocrates en Grande-Bretagne, France, Allemagne, Suède, Danemark et Pays-Bas montre qu'il y a trois types à distinguer: la social-démocratie traditionnelle, modernisée et libéralisée qui sont accompagnés d'une efficacité différente. Les variables les plus importants pour expliquer cette différence sont la compétition partisane, la constellation des coalitions et les structures de l'état social.

Alexander Petring, M.A. ist seit April 2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) in der Abteilung “Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen”. Seine Forschungsschwerpunkte sind vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, politische Ökonomie und politische Philosophie.

Korrespondenzadresse: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Abteilung Demokratie, Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen, Reichpietschufer 50, D-10785 Berlin, Deutschland. E-Mail: petring@wz-berlin.de.

Christian Henkes, M.A. ist seit Oktober 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter im DFG-Projekt “Integration als Herausforderung: Kulturelle Heterogenität und demokratische Politik in westeuropäischen Metropolen” (Leitung von Wolfgang Merkel). Seine Forschungsschwerpunkte sind: Sozialdemokratische Parteien in Europa, Vergleich politischer Systeme, Einwanderungs- und Integrationspolitik.

Korrespondenzadresse: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Abteilung Demokratie, Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen, Reichpietschufer 50, D-10785 Berlin, Deutschland. E-Mail: henkes@wz-berlin.de.

Christoph Egle, M.A. ist seit April 2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Vergleichende Parteien- und Policyforschung (Sozialdemokratische Parteien, Wirtschafts- und Sozialpolitik, vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung), die politischen Systeme Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland.

Korrespondenzadresse: Institut für Politikwissenschaft, Universität Frankfurt, Robert-Mayer-Strasse 5, D-60054 Frankfurt am Main, Deutschland. E-Mail: c.egle@soz.uni-frankfurt.de.

Instructions to Authors

The *Swiss Political Science Review* publishes contributions from all fields of political science irrespective of their theoretical or methodological approach. Articles and Research Notes are selected through an anonymous peer-review procedure. The SPSR also publishes Review Essays, Debates, and Book Reviews and, occasionally, Special Issues on important topics in the discipline.

The SPSR is an international medium for the study of Swiss politics and issues that have a privileged link with Switzerland, such as direct democracy, federalism, and consociational politics. However, it is by no means limited to publications on Switzerland or by Swiss authors: it is comparative and pluralistic in outlook. The SPSR also welcomes contributions from related disciplines to enrich knowledge in political science.

Manuscripts must be submitted electronically as an e-mail attachment. They should be sent to the Editor at spsr@unisg.ch.

Contributions may be written in English, German, French or Italian, and should not exceed 10'000 words all included. Papers are accepted for review with the understanding that they contain original unpublished work and are not presently submitted elsewhere. The title page of the manuscript should include the full names of the authors, academic or other professional affiliation, and the complete contact details (address, telephone and e-mail).

Tables and figures should be numbered continuously. For references authors may use the most recent issue of the SPSR as an example.

Articles must include – language skills permitting – abstracts in English, German and French. Abstracts should not exceed 150 words. They should make reference to research question, approach and results. For indexing and on-line search purpose, three to five keywords (in English) should accompany the abstract. A brief bio- and bibliographical note about the authors (about 50 words) should also be included.

Subscription and Publishing Information

The *Swiss Political Science Review* is published quarterly (1'200 copies) under the auspices of the Swiss Political Science Association with the financial support of the Swiss Academy of Humanities and Social Sciences. It is sent to all members of the SPSA.

The SPSR is indexed by: *Social Science Citation Index; ABC Political Science; International Political Science Abstracts; Internationale Bibliographie geistes- und sozialwissenschaftlicher Zeitschriftenliteratur IBZ, PAIS, WISO; SCOPUS; Ingenta.*

Annual institutional subscription rate (2007) is 125.– CHF (90.– EUR) in Switzerland. Annual individual subscription rate (2007) is 100.– CHF (90.– EUR) in Switzerland. For subscription and for annual individual and/or institutional rates outside Switzerland please contact: Verlag Rüegger, P.O. Box 1470, CH-8040 Zurich, Switzerland; Phone: +41 (0)44 491 21 30; Fax: +41 (0)44 493 11 76; E-mail: info@rueggerverlag.ch; Web: www.rueggerverlag.ch.

Rüegger Verlag • Chur/Zürich
CHF 25/EUR 16
ISSN 1424-7755

**S
P
S
R**

www.spsr.ch
www.ingentaconnect.com
Now in Social Science Citation Index